

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 57, Winterfeldtstr. 24  
 Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
 Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
**Staats- und Gemeindebetriebe  
 sollen Mutterbetriebe sein**

Ercheint wöchentlich Freitags  
 Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bettelgeld)  
 2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3169

## Ursachen und Lehren der Lebensmittelteuerung.

Seit Jahren steigen die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel. Wohnung, Kleidung, Nahrung haben das Budget des Arbeiters in immer stärkerem Maße belastet und die Kaufkraft des Geldes befand sich in ständigem Sinken. Alle Anstrengungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mußten darauf gerichtet werden, durch Lohnbewegungen und Streiks einen gewissen Ausgleich zu schaffen und gegen die drohende Verschlechterung der Lebenshaltung anzukämpfen. Und doch ist es unseren Kollegen nicht überall gelungen, auch nur den Reallohn aufrechtzuerhalten, d. h. die vermehrten Ausgaben durch entsprechende Lohnsteigerungen einigermaßen auszugleichen.

Nun aber ist zu dieser allgemeinen Teuerungstendenz die akute Teuerung der letzten Monate gekommen. Die Lebensmittelpreise begannen eine Höhe anzunehmen, die uns geradezu in eine Aera von Hunger und Not führen muß, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird.

Die Ursachen hierfür sind mannigfacher Natur. Infolge der Dürre des verflohenen Sommers sind wichtige Nahrungsmittel im Ertrag weit hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Ueber den gegenwärtigen Stand der Landwirtschaft berichtet die „Statistische Monatshefte“:

„Infolge der trockenen Witterung haben sich die Mäuse geradezu erschreckend vermehrt, so daß man für die Winterjaaten fürchten muß. Auch Maulpen, Waden und Engerlinge werden häufiger genannt. Das Unkraut scheint nicht besonders geliebten zu sein. Dem Einbringen der Ernte ist die Trockenheit überaus förderlich gewesen. Bis auf ganz geringfügige Mengen Dafer ist sämtliches Getreide gebohren. Im allgemeinen läßt sich von den Getreidefrüchten sagen, daß sie von selten schöner Beschaffenheit sind. Auch die Menge befriedigt meistens. Nur ganz vereinzelt wird erwähnt, daß der Roggen stark unter dem Frost in der Blütezeit gelitten hat. Stroh ist genügend geerntet. Die Kartoffeln haben unter der Trockenheit sehr gelitten. Wenn auch der Anfall im allgemeinen gut gewesen ist, war doch ein Wachsen nicht möglich. Senf und wieder wird behauptet, daß selbst ein durchdringender Regen nichts mehr helfen könne. Sandiger und hochgelegener Boden wird wenig Frucht bringen, während schwerer und tiefergelegener Acker eine Mittelernte erwarten läßt. Die Frühkartoffeln befriedigen im allgemeinen. Die Zuckerrüben haben ähnlich wie die Kartoffeln zu leiden. Vereinzelt wird sogar von einer Missernte gesprochen. Hier könnte ausgiebiger Regen noch vieles gutmachen. Die Futterverhältnisse geben zu großen Befürchtungen Anlaß. Alee und Luzerne lassen einen zweiten Schnitt meistens überhaupt nicht zu. Junger Alee soll gänzlich ausgebrannt sein; was noch übriggeblieben ist, haben die Mäuse vernichtet, so daß selbst noch für das nächste Jahr eine geringe Aleeernte zu erwarten steht. Trockene Wiesen gaben keinen oder nur geringen zweiten Schnitt. Bewässerungswiesen liefern bessere Erträge. Weiden sind so gering, daß das Vieh häufig noch nebenher gefüttert werden muß; oder ganz aufgestellt worden ist. Weisz sind die Wintervorräte schon anagegriffen, zum Teil ist auch schon Vieh verkauft. Die Bestellung des Ackers für die Winterfrucht ist noch sehr wenig

vorgeschritten. Der Boden ist derartig ausgetrocknet und hart, daß das Pflügen sehr beschwerlich ist. Das Einsäen des Getreides muß noch hinausgeschoben werden, weil das Korn jetzt nicht keimen würde.“

Die Folgen machen sich in einem sprunghaften Emporschnellen der Preise bemerkbar. Selbst die zur Stillung des Hungers unentbehrlichsten Früchte, wie Kartoffeln und Getreide, haben unglaubliche Preissteigerungen erfahren. Durch die Treibereien und Spekulation an der Börse in Verbindung mit den striegegerichteten wegen Marokko ist die Lage weiter verschärft worden. Der Roggen stieg pro Tonne von 166 Mk. (am 1. August) auf 196,50 Mk. am 4. September. Weizen von 199,25 auf 215,75 Mk. Der kommende Winter wird also noch höhere Brotpreise bringen. Wenn üse hat nachgerade schon Liebhaberwert und wird, sobald die geringen Vorräte aufgebraucht sind, noch weiter im Preise steigen. Selbst Milch und Butter sind allerorten enorm gestiegen und der Zucker verteuerte sich seit Anfang d. J. dank einer wüsten Spekulation um das Doppelte.

Nicht minder scharf hat schon jetzt die Steigerung der Fleischpreise eingelebt. Die amtliche Preisliste zur „Stat. Monatshefte“ gibt folgende Kleinhandelspreise aus den 50 größten preussischen Städten bekannt:

	Rindfleisch	Rohfleisch	Hammerfleisch	Schweinefleisch	Rohfleisch	Inländische Schmalz
1. Hälfte August 1909	155,9	173,6	160,6	162,1	74,8	185,0
2. Hälfte August 1910	163,1	183,9	174,3	162,1	75,8	180,0
1. Hälfte Juli 1911	168,6	196,2	183,4	145,9	77,8	170,6
2. Hälfte Juli 1911	168,9	185,5	183,7	145,8	77,7	170,6
1. Hälfte August 1911	169,5	185,3	183,5	146,5	77,8	169,5

Die Preise für Rindfleisch sind also vom August 1909 bis August 1911 von 1,56 auf 1,70 Mk., für Kalbfleisch von 1,74 auf 1,85 Mk., für Hammelfleisch von 1,70 auf 1,83 Mk., für Rohfleisch von 0,75 auf 0,78 Mk. gestiegen. Nur die Preise für Schweinefleisch und Speck sind gefallen, und zwar für Schweinefleisch von 1,62 Mk. im August 1909 auf 1,46 Mk. im August 1911 und für Speck von 1,85 auf 1,70 Mk. Das Schweinefleisch zeigt gegen den Vormonat aber bereits wieder ein Anziehen des Preises, das in den kommenden Monaten zweifellos stärker einleiten und die übrigen Fleischsorten nicht unberührt lassen wird. Dält man zu alledem noch, daß auch andere wichtige Lebensmittel der Massen, wie Kaffee, Kakao, Nüssenfrüchte stark steigende Preistendenzen zeigen — der Kaffee ist gegen das Vorjahr bereits um 25 — 50 Mk. und der Kakao um 10 — 15 Mk. pro Doppelzentner gestiegen — so eröffnen sich die denkbar traurigsten Perspektiven für die deutsche Arbeiterkraft.

Aber es gibt noch eine weitere Quelle der ungeheuerlichen Teuerung: das ist die enorme **Holl- und Steuer-**

**Belastung wichtiger Lebens- und Genussmittel. Wir bringen nur folgende Steuern und Zölle in Erinnerung:**

1 silogr. Roggenbrot . . . 5,8 Pf.	1 silogr. Kaffee (roh) . . . 60,0 Pf.
1 " Weizenbrot . . . 6,4 "	1 " Tee . . . . . 100,0 "
1 " Mehl . . . . . 10,2 "	1 " Kakao . . . . . 20,0 "
1 " Graupen, Grieß 21,0 "	1 " Schokolade . . . 50,0 "
1 " Fleisch . . . . . 35,0 "	1 " Gewürze . . . . . 50,0 "
1 " Speck . . . . . 36,0 "	1 " Salz . . . . . 12,0 "
1 " Schmalz . . . . . 10,0 "	1 Stück Hering . . . 0,5 bis 1,0 "
1 " Butter . . . . . 20,0 "	1 Liter Bier . . . . . 4,5 "
1 " Margarine . . . 20,0 "	1 " Pramtwein . . . . 47,0 "
1 " Käse . . . . . 15,0 "	1 " Petroleum . . . . 6,0 "
1 " Eier (20-25 St.) 2,0 "	1 Kumpfenig-Zigarre . . 1,0 "
1 " Erbsen, Linfen 1,5 "	10 St. Zigaretten zu 1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pf. . 2,0 "
1 " Zucker . . . . . 14,0 "	10 " " " 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> " . . . . 3,0 "

Man kann also geradezu sagen, daß außer der Lust in Deutschland vom Staate nichts unverteuert gelassen worden ist. Die entsetzlichen Gesamtlasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, hat man folgendermaßen berechnet: Für das Reich fallen ab:

Zölle auf Nahrungs- und Genussmittel . . . . .	482 Mill. Mk.
Zölle auf Industrieprodukte . . . . .	285 "
Indirekte Steuern . . . . .	1160 "

In die Taschen der Agrar- und Industriekapitalisten fließen infolge des Schutzzölles:

Verteuerung der inländischen Lebensmittel . . .	1264 Mill. Mk.
Industrieprodukte . . . . .	1000 "
Liebesgaben . . . . .	122 "
Steuern in Bundesstaaten und Gemeinden . . .	1717 "
Steuern . . . . .	59 "
<b>Gesamtbelastung . . . . .</b>	<b>6089 Mill. Mk.</b>

Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Last (ohne direkte Einkommensteuer) jährlich 94 Mk., auf den deutschen Durchschnitts-Familienhaushalt von 4,7 Köpfen jährlich 442 Mk. Die Arbeiterfamilien könnten also ohne die Zollwucherpolitik ganz bedeutend mehr kaufen und verbrauchen.

Und endlich als dritte Ursache der wahnsinnigen Preissteigerung der leidige Zwischenhandel. Die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ hat Vergleiche angestellt zwischen den Großhandelspreisen und den Kleinhandelspreisen im Jahre 1905 und im Jahre 1911. Dabei ergab sich für die Großhandelspreise eine durchschnittliche Steigerung von ungefähr 3 Proz. für Nahrungs- und Genussmittel. Im Kleinhandel betrug die Steigerung aber gegen 10 Proz. und an einzelnen Orten sogar bis zu 30 Proz. Daraus ergibt sich, daß die gegenwärtige Höhe der Kleinverkaufspreise nicht unumgänglich nötig ist. Ähnliche Folgerungen muß man aus einem Rundschreiben des preussischen Landwirtschaftsministers an die preussischen Landwirtschaftskammern ziehen. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Jetzt wie schon früher zeigt es sich, daß die Kleinhandelspreise für Fleisch den sinkenden Lebendgewichtspreisen bei Vermehrung des Auftriebs auf den Märkten nur zögernd folgen, während sich eine Aufwärtsbewegung der Lebendviehpreise meist sehr bald in der Steigerung der Fleischpreise bemerkbar macht. Die Spannung zwischen den Preisen für Schweinefleisch im Kleinhandel und den Schlachtgewichtspreisen für Schweine an einigen der größten Schlachtviehmärkte betrug im Juli der Jahre 1909 und 1911 in Mark für 100 Kilogramm:

	in Berlin	Breslau	Hamburg	Dresden	Stettin
Juli 1909 . . . . .	13,2	19,8	16,1	41,9	44,6
Juli 1911 . . . . .	19,7	24,6	23,7	66,3	53,4

Durchaus ist also die Spannung meist sehr erheblich gestiegen. Zöllnen demnach, was im Hochsommer in der Regel der Fall ist und bei den Notierungen für den Monat Juli dieses Jahres auch schon bemerkbar wird, die Lebendgewichtspreise für Schweine anzusehen, so wird auf die vorher angeführte Erscheinung nachrückend hingewiesen sein. Zeichen ebendann die Kleinverkaufspreise für Schweinefleisch ohne Rücksicht darauf, daß die Spannung bereits sehr hoch gewesen ist, dann wird mit Recht die Frage aufgeworfen werden können, ob diese Steigerung begründet ist.“

Was nun die Regierung außer diesem zählenden, unbedeutenden Zirkeln irgend etwas getan zur Linderung der Notlage?

Mit nichts! Wohl sind „Ermäßigungen angesetzt“, auch Beruhigungspulver mittels der „Nordd. Allgem. Ztg.“ verabreicht, aber zu irgendwelchen durchgreifenden Maßnahmen kann sich die Regierung noch immer nicht entschließen. Dabei ist wiederholt von Seiten der Arbeitervertreter darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Notlage erheblich gemildert werden könnte, wenn man die Veseitigung der Einfuhrschleier vornimmt und so den Agrariern die Verankerung auf Kosten der Kernisten nicht weiterhin ermöglicht. Dazu müssen vor allen Dingen die Grenzen geöffnet, die Zölle auf Getreide, Futter, Vieh und Fleisch aufgehoben werden.

Wir sind nun freilich nicht Optimisten genug, um von dieser Regierung oder diesem Reichstag etwas Durchgreifendes zu erwarten. Aber Lehren werden wir aus dieser qualvollen Lage ziehen, die den Herrschenden bald in Erinnerung gebracht werden können. Wie lange noch und es naht die Zeit der Abrechnung!

Die bevorstehenden Reichstagswahlen dürfen nicht ungenützt vorübergehen. Wo nur irgend eine Möglichkeit besteht, sollen wir auf die Ursachen der herrschenden Fenerung hinweisen, sollen wir aufklären und für politische Organisierung und Lesen der Arbeiterpresse hinwirken.

Und der angebotenen überall nachweisbaren Ueberforderung durch den Zwischenhandel können wir durch Weintritt in die Konsumvereine entgegenwirken.

Unsere gewerkschaftliche Agitation aber muß noch ganz andere Dimensionen annehmen. Die Zeiten sind günstig, auch den Frauen unserer Kollegen begreiflich zu machen, wie bitter notwendig die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter ist. Ohne alle Aufrichtung leben Stadtverwaltungen und Stadtväter mit an, wie die städtischen Arbeiter den Hungerriemen immer enger schnallen. Da müssen wir durch vermehrte Organisationsarbeit erzielen, daß man unseren Wünschen und Forderungen ein williger Ohr leiht.

Nun werden hier und da die Preissteigerungsgründe verschoben, durch Steuererhöhungen die steigende Unzufriedenheit zu mindern. Da möchten wir erneut darauf hinweisen, daß, allen bisherigen Preisserhöhungen nach, die einmal festgesetzten Preisserhöhungen nicht wieder zurückgehen! Darum muß unsere Forderung auf dauernde Lohnerhöhung gerichtet sein und nur wo eine solche absehbar undurchführbar erscheint, dürfen wir uns einstweilen mit einer Nachschlagszahlung in Form von Steuererhöhungen begnügen.

Lange genug hat der deutsche Arbeiter neben den politischen Bedrückungen auch noch die ökonomische Würde des heutigen Wirtschaftssystems auf sich genommen. Ueber zwei Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter haben in stetem Kampfe ihre materielle Position zu bessern gesucht. Soll das alles vergeblich gewesen sein und durch diese teure Zeit zu nichts gemacht werden?

Gewiß nicht! Also muß es möglich sein, durch verstärkte gewerkschaftliche Selbsthilfe einen Ausgleich zu finden und die einmal erzwungene Position zu befestigen. Dazu bedarf es aber der äußersten Anspannung.

Die kommenden Zeiten werden reich sein an wirtschaftlichen und politischen Kämpfen für die deutschen Arbeiter. Auch unsere Kollegen werden — des sind wir sicher — in diesen Kämpfen ihren Mann stehen und mit Laßalle rufen:

Ich kann nicht schweigen, kann durch Schweigen nicht mir Obdach und des Leibes Sicherheit erkaufen.  
Mich trübt der Geist! Ich muß ihm Zeugnis legen,  
kann nicht verschließen, was so mächtig quillt.  
Je härter anwächst die gemeine Not,  
daß in Verzweiflung, wie wenn Pest uns schreckt,  
ein jeder still ins eigene Haus sich birgt,  
lautlos am Andern vorüberstreichend —  
nur um so mehr treibt mich des Geistes Gewalt,  
entgegen der Verbererung mich zu weifen,  
je mehr sie droht, je mehr sie zu befehdend.

## Vom sozialdemokratischen Parteitag in Jena.

Wie alljährlich durfte auch diesmal die „rote Woche“ vom 11. bis 17. September auf das allgemeine Interesse nicht nur der gesamten politisch denkenden Arbeiterschaft rechnen, sondern auch bürgerliche Parteien und Politiker eröffneten (wieder einmal vergeblich!) auf ihre Rechnung zu kommen.

Allerdings, ganz ohne einige wenig parteigenössisch geführte Plänkeleien ging es beim Geschäftsbericht nicht ab. Wir haben bereits in voriger Nummer über das Wachstum der Partei berichtet. G. Müller ergänzte diesen Bericht und wies unter anderem darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren ein gutes gewesen ist. Immer mehr wird eingesehen, daß beide Bewegungen aufeinander angewiesen sind. Die Befürchtungen, wie sie vor sechs Jahren geäußert worden sind, als ob die Gewerkschaften eine Entwicklung zum englischen Trade-Unionismus nehmen würden, haben sich nicht bewahrheitet. Die Gewerkschaften haben im Feuer des Massenkampfes in einer Weise ererziert, die viele vor wenigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten. Einzelne Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften tauchen natürlich von Zeit zu Zeit auf. Redner ging dann ausführlich auf das Zirkular ein, das eine Unterlassung geblähter Polemiken fordert und das nach unserer Meinung keiner Rechtfertigung bedarf. Auch die Marokkofrage wurde von ihm eingehend dargestellt und der Nachweis konnte in der Diskussion von keiner Seite erbracht werden, daß etwas versäumt worden ist. Immerhin erneuerte Rosa Luxemburg diesen in der „Leipziger Volkszeitung“ erhobenen Vorwurf und sie wurde von Lensch, Dittmann, Ledebour und Jettin sekundiert. Demgegenüber traten Nebel, Robert Schmidt, Cuard, Legien, Wels und Kollkenbuhr für den Parteivorstand ein. Die Debatte zeitigte einige unerfreuliche persönliche Schürfen, an die man zwar durch die letzten Jahre gewöhnt ist, die aber sicher von der großen Mehrzahl der Parteigenossen verurteilt werden, denn sie erschweren uns unnötig die Agitation. Das sollten sich die Urheber aus welchem „Lager“ immer nun nachgerade gesagt sein lassen. Ist doch bei der Debatte herzlich wenig herausgesprungen. Die Tadelssanträge gegen den Parteivorstand wurden zurückgezogen und die Vermehrung des Parteivorstandes um zwei Sekretäre wäre auch ohne diese „Aktion“ angenommen. Einen befriedigenderen Verlauf nahm die kurze Debatte über die Jugendbewegung, die Heinrich Schulz einleitete. Hier tut weiterer Ausbau und größere Planmäßigkeit dringend not.

Der dritte Tag, zu dem man inzwischen gelangt war, brachte zunächst die parlamentarische Präsiderhaltung des Genossen Wed. Wider Erwarten gab es keine langen Debatten über die zuwiderkommende Haltung der Fraktion bei der elsässischen Verfassungsfrage, obwohl die „Leipziger Volkszeitung“ so etwas angekündigt hatte. Eindrücklich begründete Südekum eine Resolution der Reichstagsfraktion, die wir wegen ihrer Bedeutung im Wortlaut nachstehend wiedergeben:

„Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorrichtungsmaßnahmen für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, die Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine. Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art. Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranlassungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in solchem Umfang, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Der Parteitag ruft alle Parteioptionen zur intensiven Agitation, und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuzuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiet des Zoll- und Steuerwesens zu stärken; desgleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen. Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, und in dieser Zeit maßvoller Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsartikel die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwängen. Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenrücken.“

Neben dieser erfreulich positiven Arbeit wurde dann noch eine hauptsächlich von Zwickauer geführte Debatte über den Bericht der

Mandatsprüfungskommission zum Auslag gebracht, die aber am dem Resultat des „gesunden Menschenverstandes“, wie der Berichtserstatter Hoffmann-Hamburg sagte, nichts änderte. Die erste Wahl in Stuttgart wurde für gültig erklärt, die Mandate von Westmeier und Bullmer gleichzeitig wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten usw. für ungültig. Im Anschluß daran wurde der württembergische recht verschlungene Streitfaden von Genossin Dunder weitergesponnen. Trotz erregter Geschäftsordnungsdebatte wurde aber einmütiger Schluß gemacht und der Parteivorstand beauftragt, in die württembergischen Zwistigkeiten schlichtend und ordnend einzugreifen. Hoffentlich gelingt's ihm!

Das Referat Kollkenbuhrs über die Reichsversicherungsordnung verdient die aufmerksame Beachtung unserer Kollegen, weshalb wir einiges davon folgen lassen.

Der Gedanke der Arbeiterversicherung geht in Deutschland von der Sozialdemokratie aus. 1878 war es Nebel, der im Reichstage eine einheitliche große Versicherungsanstalt forderte, in der sämtliche Unternehmer verpflichtet sein sollten, sämtliche Arbeiter gegen Krankheit, Unfall usw. zu versichern. Die Fraktion hat bisher bei der Arbeiterversicherung mitgewirkt. Und wenn wir uns heute die Anträge von 1883, 1884 und 1888 ansehen, so finden wir, daß sie noch immer die Grundlagen unserer Forderungen bilden. Wir sehen auch heute noch, daß da, wo geholfen werden sollte, nicht geholfen wird, weil ein ganz erheblicher Teil noch außerhalb der Versicherung steht. So sterben in Deutschland jährlich etwa 22 000 Leute an Unfällen, während nur 9000 bis 10 000 als versicherte Unfälle in Frage kommen.

Was aber tut die Regierung gegenüber solchem Durcheinander? Sie bringt eine umfangreiche Vorlage, die aber alles vermissen läßt, was notwendig, und die sich darauf beschränkt, was jeder Puchbinder machen könnte, indem er mehrere Versicherungsgesetze in einen Einband bindet. Das sind die Grundgedanken der sogenannten großen Reform.

Das Interesse der anderen Parteien am Zustandekommen dieses Werkes besteht darin, daß sie zur Wahl auf irgendein soziales Gezeck hinweisen wollen, wenn man ihnen ihre Sünden bei den Steuergeetzen und anderswo vorhält. Der Vorentwurf der Regierung hatte noch eine gewisse Selbständigkeit für die Versicherungsämter vorgesehen, aber die Selbständigkeit wurde wesentlich eingeschränkt, weil der erste Vorschlag auf erheblichen Widerstand bei den Unternehmern gestoßen war. Die Krankenversicherung hatte man vorgeschlagen erheblich auszubauen und einen erheblichen Teil der Nichtversicherten einzubeziehen. Früher behauptete man immer, daß Landarbeiter und Diensthofen sich nicht hierfür eigneten. Nun ging's auf einmal. Als man nun daran ging, auch die Selbstverwaltung erheblich einzuschränken, sagte man sich, wenn man den Arbeitern ihre Rechte rauben will, so muß man ihnen auch Lasten abnehmen. Genau genommen bedeutete der Vorschlag der Regierung ja keine Halbierung. Man räumte zwar den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleiche Rechte ein, aber man gab auch den Aufsichtsbehörden einen Einfluß, so daß unter Umständen immer eine Mehrheit gegen die Arbeiter vorhanden war. Im übrigen begnügte man sich damit, die Versicherungsgränze auf 2000 M. zu lassen, wo sie schon 1883 gewesen war. Für die Neuversicherten sollten einige Minderleistungen geschaffen werden, die noch hinter den Leistungen der bisherigen Krankenversicherung zurückblieben.

Wir haben nicht weniger als 567 Abänderungsanträge stellen müssen; ja, wenn unsere Prinzipalanträge angenommen worden wären, dann wären wir vielleicht auf 2000—3000 Anträge gekommen. Wir haben uns in der Kommission redliche Mühe gegeben, stießen aber von vornherein auf erheblichen Widerstand. Das war vorauszusehen, weil alle Parteien es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Interessen der Unternehmer zu vertreten, und alle ein geschlossenes Kartell gegen uns bildeten. Sogar die Freisinnigen stimmten in manchen Fragen mit dem Vlod.

Das Zentrum gab zum Teil nicht nur seine eigenen Grundsätze auf, sondern es setzte sich auch in Widerspruch mit seiner Haltung bei der ersten Lesung.

Die Regierung sagte, die Arbeiter hätten mit ihren Rechten politischen Mißbrauch getrieben, aber merkwürdigerweise ist nicht nur in den Motiven kein konkreter Fall angeführt, sondern es machte sich auch in der Kommission eine große Mundperre bemerkbar. Man hatte absolut keinen Beweis für die Behauptung. Die Regierung wollte möglichst viele Unteroffiziere in die Beamtentstellung hineinbringen, das war der leitende Gedanke.

Freilich waren auch einige Verbesserungen gemacht worden, wie Herauffetzung der versicherungsfähigen Einkommensgränze

von 2000 Mk. auf 2500 Mk., die Ausdehnung der Wöchnerinnenhilfe, die Veranlassung des anzurechnenden Lohnes von 4,50 auf 5 Mk. Während aber die Vorlage Ausländer etwa gleichberechtigt machen wollte mit den inländischen Arbeitern, wurden hier wieder vielfach Durchbrechungen beschlossen und ebenso Einschränkungen bei der Unfallversicherung. Immerhin waren einige Verbesserungen in der ersten Lesung beschlossen; aber zwischen der ersten und zweiten Lesung bildeten das Zentrum, die Konservativen, die Nationalliberalen und Antimilitaristen einen Kompromiß zur Beseitigung eines Teiles dieser Verbesserungen und zur Ablehnung jeder weiteren Verbesserung. Nach der zweiten Lesung kam es zu einer sogenannten Ausgleichslesung, in der die bekannte Erklärung Delbrücks abgegeben wurde, daß der Reichstag wie jede weitere Verbesserung fallen müsse, wenn die Vorlage nicht scheitern solle. Der Nationalliberal Horn erklärte deshalb, seine Partei würde für die Aufrechterhaltung der Minderheiten eintreten, wenn das Zentrum sich verpflichtete, seine Verbesserungsanträge mehr zu stellen und für keinen von anderer Seite gestellten zu stimmen. Das Zentrum beugte sich, nicht etwa aus Furcht vor den Nationalliberalen, sondern weil seine eigene Mehrheit daselbst wollte und man nun den Wählern sagen konnte, man sei gezwungen worden.

Die zweite Lesung im Plenum war eine Komödie, wie sie wohl noch in keiner gesetzgebenden Körperschaft in der ganzen Welt sich abgespielt hat. Die Kompromißparteien schünten ohne Debatte mehrere Anträge ab, und der Reichstagspräsident wird sich fragen, warum denn auch ganz handgreifliche Verbesserungen, die gar nichts kosteten, ohne Angabe eines Grundes abgelehnt wurden.

Zuallererst hat das Zentrum behauptet, die Witwen- und Waisenversicherung sollen ohne Beitragspflichtung gegeben werden und jetzt sind die Beiträge in den oberen Klassen erhöht und man bringt auch noch die Beiträge in Anschlag, auf deren Zurückzahlung die Witwe jetzt Anspruch hat. Dafür gibt man ihr nicht etwa eine ausreichende Rente, sondern 50 Mk. Reichszuschuß, dazu 15 Mk. und für das erste Kind 9 Mk., für jedes weitere 1,50 Mk. für das ganze Jahr. Wenn man jemals von einer Verbesserung eines Volkes sprechen konnte, so ist dies hier der Fall.

In der dritten Lesung wurden allerdings einige Verbesserungen eingeführt. Die Versicherungsrente wurde wieder auf 2500 Mk. erhöht, sonst aber blieb alles beim alten. Man sagte, die Mehrheiten seien so groß, daß sie nicht mehr getragen werden können. Nun sagt man, die höheren Beiträge hätte die Industrie nicht tragen können. Das ist eine der beliebtesten Einwendungen der Kapitalisten, und die Minister sind von Amts wegen verpflichtet, diese Behauptungen zu glauben. Jedner weiß zahlenmäßig nach, daß dies unzulässig ist.

Gerade in Deutschland haben die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Das Wahlrecht sollte das gleiche und direkte sein, wie bei den Gewerbegelehrten.

Nach kurzer Diskussion wurde die Resolution der Frauenkonferenz über den Mutter- und Säuglingschutz angenommen.

Mit einer „Erklärung“ des Genossen Heil gegenüber den Ausführungen der Genossin Tander endete der dritte Tag.

Wir können die hochbedeutenden Referate Heibels, wie auch die ansehnliche Diskussion der weiteren Tagung erst in nächster Nummer würdigen. Immerhin mag heute schon resumierend gesagt sein:

Der Jenaer Parteitag bedeutet alles in allem einen glänzenden Auftakt zu den bevorstehenden Reichstagsarbeiten. Mit Tiefgründigkeit und Scharfe hat unser Heibel die Situation beleuchtet und mit Einmütigkeit sind die vorgeschlagenen Aktionen, in die Kampferole ausgegeben. Es bedarf aber des energischen Eingehens aller politischen Organisationen, um dem Ziele unserer Beitrittungen näher zu kommen. Eine Gruppe von Redatoren können die nächsten Reichstagsarbeiten werden, wenn wir ernstlich wollen, wie es Heibel ausgesprochen hat. Sorgen wir für Aufklärung nicht nur über wirtschaftlich gewerkschaftliche Fragen, sondern auch über die so aktuellen politischen Fragen unserer Zeit. Aufren nur uns unabhängig im kleinen Kreise, so wird das Meer unserer Anhänger wachsen und wir werden zu einer unerbittlichen Macht.

## Die Arbeitsverhältnisse auf den städtischen Riefelgütern Berlins

haben kürzlich in mehreren Versammlungen der dort beschäftigten Arbeiter wieder erneut eine eigenartige Beleuchtung erfahren. Eine geradezu ungläubliche Maßnahme des Magistrats bildete da den Hauptgegenstand der Verhandlungen. Bisher erhielten die Deputatsarbeiter neben ihrem Parlohn, der im Sommer 1,80 Mk. und im Winter 1,20 Mk. beträgt, und dem Naturallohn auch die volle Krankenfürsorge für ihre Familienangehörigen, die sowohl in Arzt und Medizin, als auch in Krankenhausbehandlung, Verleistung von Heilmitteln (Milch, Bandagen usw.) bestand. In diesem Jahre hat nun die Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin eine an sich sehr dankenswerte Familienunterstützung eingeführt, die aber vorläufig nur in Gewährung von Arzt und Medizin besteht. Verbunden mit dieser Ausdehnung der Kasienleistungen war auch eine Erhöhung des Kasienbeitrages. Da die Riefelgüterarbeiter ebenfalls dieser Betriebskrankenkasse angegliedert sind, kommen diese neuen Leistungen nunmehr auch für sie in Betracht. Diese Tatsache hatte aber auch den weiteren Effekt, daß die bisher von der Stadt gewährte Krankenfürsorge für die Familienangehörigen der Deputatsarbeiter um die neuen Leistungen der Krankenkasse entlastet wurde. Auf diese Weise machte die Stadt Ersparnisse, welche infolge der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge zu Lasten der Arbeiter gingen. Man sollte nun meinen, daß die Stadt vernünftigerweise den so ersparten Teil der Naturalleistungen in der Krankenfürsorge ohne weiteres durch eine Erhöhung des Parlohnbes der Arbeiter ausgeglichen hätte. Eine solche zwingende Logik ist aber der von „Arbeiterfreundlichen“ triefenden städtischen Verwaltung völlig fremd. Im Gegenteil: sie hat ihrerseits bis zum Ueberdruß betonten sozialen Einmiß geradezu die Krone aufgesetzt, indem sie den in Frage kommenden Riefelgüterarbeitern auch noch den Rest der bisher gewährten Familienkrankenfürsorge entzogen hat. Infolgedessen ist die ungläubliche Tatsache festzustellen, daß die für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter zweckmäßige Einführung der Familienunterstützung in der Betriebskrankenkasse für die Deputatsarbeiter der Riefelgüterverwaltung zu einer zweifachen Schädigung geführt hat. Sie haben nicht nur die bisher gewährte Naturalleistung an Krankenfürsorge für ihre Familien von ihrem Lohn vollständig eingezogen, sondern sie müssen nunmehr auch den von der Krankenkasse gewährten Teil derselben durch eine etwa 2prozentige Erhöhung der Beiträge bezahlen. Das Verhalten der städtischen Verwaltung muß geradezu als sinnlos bezeichnet werden, demgegenüber man unbedingt verlangen muß, daß der durchaus berechtigten Forderung der Arbeiter, sowohl eine Erhöhung des Parlohnbes als auch den von der Krankenkasse nicht übernommenen Teil der bisherigen Familienkrankenfürsorge zu gewähren, unter allen Umständen Achtung getragen wird.

Gerade, wie aus Vorstehendem ersichtlich, schon bei der Gesamtverwaltung der Riefelgüter sehr stark die Allianz preussischer Junker vor, so ist dies nicht minder bei den Herren Administratoren auf den einzelnen Gütern der Fall, wie die nachstehenden Beispiele zeigen.

Auf den südlich Berlin gelegenen Riefelgütern betrifft für die auf den Ackerböden beschäftigten Arbeiter eine Arbeitszeit von morgens 3 Uhr bis abends 7 Uhr, welche von einer 2 bis 2 1/2 stündigen Pause unterbrochen wird. Mit dieser wahrhaftig reichlich langen Arbeitszeit ist es aber meist noch nicht genug, sondern häufig werden auf längere Zeit täglich noch 1 bis 3 Ueberstunden verlangt, so daß diese Arbeiter dann nicht weniger als 15 bis 17 Stunden fröhnen müssen. Zu diesem Skandal reißt sich aber dann noch die Tatsache, daß den Arbeitern für die unerhörte Ueberstundenleistung nicht, sondern für 6—8 Stunden, sage und schreie eine ganze Mark gezahlt wird.

In gleich unterwürdigster Weise wird mit der Arbeitskraft in der Administration Größeren Aushbau getrieben. Der Inspektor des zu diesem Bezirk gehörenden Gutes Ankersdorf hatte während der Ernte den Arbeitern für das Nähen im Afford 7 Pf. pro Kor versprochen. Dem Administrator in Gröbteeren, welcher die Löhne auszahlte, hatten die Leute aber zuerst verdient und „menschenfreundlich“, wie er nun einmal ist, reduziert er kurzfristig den versprochenen Lohn auf 5 Pf. pro Kor. Das Resultat dieser unehrenhaften Preisdrückerei war, daß die Arbeiter im Afford geschätzte 10 Pf. mehr als ihren eigentlichen Tagelohn verdient hatten.

Die geringe Löhne und Gehaltszahl der Arbeiter bei der Riefelgüterverwaltung im Jahre sieben, zeigt folgender Vergleich, der sich in der Administration Galtensleben, nämlich von Berlin, ganz trugen hat. Hier hat die Stadt Berlin auf dem weit ausgedehnten

Gebiet der Mieselfelder umfangreiche Obstkulturen angelegt, die das willkommene Ziel für die Raubzüge der Ländliche sind. Infolgedessen ist den auf den Feldern tätigen Mieselfeldern durch den Administrator Verzicht die strenge Weisung erteilt worden, scharf gegen die Diebe vorzugehen, anderenfalls hätten die Mieselfelder ihre Entlassung zu gewärtigen. Welchen Sinn eine derartige Drohung hat, erweist man schon daran, daß auf die Mieselfelderfläche von 100 Morgen im Revier Bürtnerfeld im ganzen 2 bis 3 Mieselfelder Dienst tun, so daß sie nicht selten ganz allein einer ganzen Bande von Dieben gegenüberstehen und es unmöglich ist, durch Wilsignale den außer Hörweite beschäftigten benachbarten Kollegen herbeizurufen. Aber auch sonst läßt die Mieselfelderverwaltung die Mieselfelder vollkommen im Stich. So hatte Ende August ein solcher während seines Kadettendienstes ein Mensonter mit Ländlichen zu betreiben. Anfangs gingen diese auf seine Aufforderung ruhig mit, fielen dann aber über ihn her und mißhandelten ihn aufs gröblichste, um schließlich zu entfliehen. Der arg zugerichtete Mieselfelder beantragte nun selbstverständlich, daß mit Rücksicht auf die ihm widerfahrenen während des Dienstes zugefügten Beschädigungen die Unfallmeldung sowohl als auch eine Strafanzeige bei der Polizei gemacht wurde. Dazu hatte aber offenbar der Herr Administrator keine Lust, denn er lehnte beides einfach ab und erklärte dem Arbeiter, er solle nur selbst zur Polizei und zum Amtsvorsteher in Schönhausen gehen, um den Unfall zu melden. Natürlich schickte letzterer den Arbeiter wieder zurück mit dem Bemerkten, daß die Unfallmeldung verpflichtend sei, Unfallanzeige zu erhalten. Erst jetzt, nachdem der Verletzte stundenlange Wege zurückgelegt hatte, dämmerte es dem Administrator, daß es seine Pflicht war, die nötigen Schritte zu unternehmen. Aber auch jetzt nicht unterließ er es, irgendwie polizeiliche Ermittlungen in der Sache anzustellen. Die städtische Verwaltung bezog die Vertreter verlangen also, daß die Arbeiter im Kampfe mit Ländlichen ihre Haut zu Marke tragen; man denkt aber gar nicht daran, ihnen konsequenterweise auch den nötigen Schutz angedeihen zu lassen, im Gegenteil: Es wird den Arbeiter sogar verboten, etwa Hunde oder Waffen zu ihrem persönlichen Schutze mit sich zu führen. Einen recht pikanten Belegschmaß hat in dieser Beziehung folgendes Vorkommnis: Einer der Leute hatte sich einen Revolver zugelegt, um wenigstens durch Schreckschüsse einigermaßen geschützt zu sein. Als er nun kürzlich von seiner Waffe Gebrauch machte, kam plötzlich der Führer der Raub des dortigen Reviers (es soll ein Berliner Polizeileutnant sein) und nahm dem Arbeiter die Waffe weg unter der Begründung, daß ihm durch das Schießen das Wild verschreckt werde. Kurze Zeit darauf wurde von der Administration den Mieselfeldern verboten, Schutzwaffen zu tragen. Also, um einem Raubführer das Vergnügen nicht zu stören, läßt man die Arbeiter vollständig ohne Schutz, verlangt aber trotzdem bei Strafe der Entlassung, daß sie energisch gegen die Ländliche vorgehen sollen. Derartige Maßnahmen sind so widerständig und haltlos, daß man es den Arbeitern nicht verdenken würde, wenn sie im Interesse ihrer Gesundheit es vorziehen, den Dieben im weiten Weg in aus dem Wege zu gehen. Das läge natürlich nicht im Interesse der Stadt, aber die Stadtverwaltung sollte sich auch darüber klar sein, daß sie die Pflicht hat, durch Verstärkung der Wachposten für die Sicherheit der Arbeiter in dem ihnen zugewiesenen städtischen Dienste zu sorgen. Davon ist aber in der hier in Frage kommenden Administration nichts zu merken, sondern wie verachtet wird, hält es der Herr Administrator nicht unter seiner Würde, bei den geringsten Anlässen die Mieselfelder obendrein noch in gräßlicher Weise zu beschimpfen. Es dürfte am Plage sein, daß in der Reputation der angeordneten Zubehören einmal auf den Grund gegangen und mit aller Macht dahin gearbeitet wird, daß den vielfach lange Jahre im Dienste der Stadt stehenden Arbeitern der ihnen zustehende Schutz zuteil wird, nicht zuletzt auch gegen die Übergriffe seitens impulsiver Vorgesetzter.

Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt und den sie noch lange zu führen haben wird, ist der alte geschichtliche, soziale Konflikt, der alle Jahrhunderte durchzieht, der sich ständig wiederholt in dem Kampfe der Geschlechter und der Junge im Mittelalter, in dem Kampfe des Bürgerstandes um die politische Gleichberechtigung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Geschichte der Emanzipation des Bauernstandes, der alte soziale Konflikt, der immer eingetreten ist, wenn eine bisher untergeordnete dienende Gesellschaftsklasse verlangt hat, in die volle Gleichberechtigung einzutreten mit den im Besitz der Macht, der politischen und der wirtschaftlichen Macht befindlichen Klassen, und wenn diese sich geweigert haben, ihre bevorzugte Stellung, die sie immer und überall als eine Staatsnotwendigkeit angesehen haben, aufzugeben

*Gelehrter von Berlin auf dem 7. deutschen Gewerkschaftstreffen im Köln 1909.*

### Zur Lohnbewegung der Freiburger Bauamtsarbeiter.

Die Arbeiter des städtischen Bauamts zu Freiburg hatten sich lange Zeit erfolglos bemüht, an Stelle der bisherigen täglich elfstündigen (1) Arbeitszeit die zehnstündige zu erlangen. Endlich hatten ihre Bemühungen infolgedessen Erfolg, als ihnen unter dem 8. Dezember 1910 vom Stadtbaurat Kieß eröffnet wurde, „daß im städtischen Bauamt künftig nicht mehr länger als 10 Stunden täglich gearbeitet werde. Soweit durch die Verkürzung der Arbeitszeit ein Lohnausfall eintreten würde, werde von Fall zu Fall Bescheid gefaßt“. Wenngleich der Passus betr. Lohnausfall sich nicht durch große Klarheit auszeichnete, so konnten aber jedenfalls die Arbeiter daraus entnehmen, daß für sie die Verkürzung der Arbeitszeit mit keinerlei Lohnausfall verbunden sein werde. Am 1. April 1911 trat die verkürzte Arbeitszeit in Kraft, nicht aber die erhöhten Löhne. Um einen Lohnausfall zu vermeiden, hätten die Löhne um 3 Pf. pro Stunde erhöht werden müssen. Aber nur ein kleiner Teil der Bauamtsarbeiter erhielt Zulagen und zwar — der Stadtrat griff tief in den Beutel — einen ganzen Reichspfennig für die Stunde. Damit verließ auch für die von der Pfennigzulage beglückten Arbeiter noch immer eine Einbuße von täglich 20 Pf. Das wollten und konnten die Arbeiter bei ihrem ohnehin geringen Löhne nicht tragen. In einer Versammlung wurde deshalb der Vorstand der Filiale beauftragt, an den Stadtrat das Ersuchen zu richten, er solle dafür sorgen, daß die Lohnfrage beim Stadtbauamt so geregelt werde, wie es nach dem Schreibe des Bauamts Rats vom 8. Dezember 1910 eigentlich sein müßte. Das heißt also, allen Bauamtsarbeitern die Löhne so zu erhöhen, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit Lohnausfall nicht eintrete. Auf diese Eingabe des Filialvorstandes antwortete der Oberbürgermeister Haupt, daß es das Ratplenium abgelehnt habe, für die Bauamtsarbeiter allgemeine Anordnungen zu treffen. Es sollte vielmehr jedem Arbeiter, der da glaube, ungenügend bezahlt zu werden, anheim gegeben werden, sich mit einem mündlichen Gesuch direkt an das Stadtbauamt zu wenden. — Damit man ihn gehörig rüffeln könne, hat sich dabei wahrscheinlich der Rat im stillen gedacht.

Die Bauamtsarbeiter lehnten es logischerweise ab, diesen ihnen vom Oberbürgermeister empfohlenen Weg zu beschreiten. Das oberbürgermeisterliche Antwortschreiben ist aber noch in anderer Hinsicht recht bezeichnend, zeigt es doch, daß die Herren sich in die Lage der Arbeiter absolut nicht hineinversetzen können. Es heißt nämlich in dem Antwortschreiben, daß vier der Mitunterzeichner der Eingabe des Filialvorstandes kein persönliches Interesse an den Löhnen der Bauamtsarbeiter hätten, da sie ja — im Gesamter beschäftigt seien! Und dann steht noch geschrieben, daß die anderen drei Mitunterzeichner auch kein persönliches Interesse an der Sache und auch keinen Grund zur Klage hätten, da sie doch durch die Verkürzung der Arbeitszeit keinerlei Einbuße erlitten hätten!

#### Wie maßt sich doch in diesen Köpfen die Welt!

Die betreffende Eingabe war vom Gesamtvorstand unserer Freiburger Filiale unterzeichnet. Der Gesamtvorstand besteht zur Hälfte aus Gesellen und aus Arbeitern des Stadtbauamtes. Die Unterzeichner der Eingabe haben den Oberbürgermeister nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht aus persönlichem Interesse, sondern als Beauftragte ihrer Arbeitskollegen die Eingabe eingebracht haben. Und dazu waren sie als Vorstandsmitglieder geradezu verpflichtet. Doch einen leibhaftigen Oberbürgermeister sieht das nicht im geringsten an. Solidarität ist ihm ein fremder Begriff.

Wenn aber der Oberbürgermeister in seiner Antwort ferner sagt, daß drei der Mitunterzeichner der Eingabe keinen Grund zur Klage hätten, da sie durch die Verkürzung der Arbeitszeit keine Einbuße erlitten hätten, so stimmt das mit den tatsächlichen Verhältnissen durchaus nicht überein. Gerade diese Arbeiter haben trotz der genährten Pfennigzulage noch immer einen täglichen Lohnausfall von 20 Pf. und in einem Falle sogar von 25 Pf. Das beweisen die Lohnlisten, aber vielmehr sie müssen es nachweisen.

Alle diese Dinge beschäftigten dann eine spätere Versammlung der Arbeiter, in welcher schließlich der Gauleiter, Herr Reichler, beauftragt wurde, dem Oberbürgermeister die mündliche Beschwerde zu schreiben. Das ist geschehen und in dem Schreiben wurde zugleich der Wunsch ausgedrückt, in einer mündlichen Verhandlung eine Klärung und befriedigende Erledigung der Angelegenheit herbeizuführen. Doch da besann sich der Freiburger Stadtrat wieder auf seine Würde. Er schrieb dem Gauleiter:

„Mir an den Ratvorstand gerichtete, zum Teil auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhende Schreiben ist nachgeprüft und dem

Konkurrenz vorgetragen worden. Der Gesamtrat vermag Sie zur Vertretung der hiesigen Bauamtsarbeiter nicht als legitimiert anzusehen. Es muß diesen letzteren vielmehr überlassen werden, sich mit etwaigen Wünschen ohne eine Mittelsperson direkt an das Stadtbauamt zu wenden.

Punktum! Demit ist für den Gesamtrat die Sache erledigt! Worin die übrigen Voraussetzungen bestehen, das zu sagen, hat der Freiburger Stadtrat nicht notwendig. Nach wie vor spielt er den Bauamtsarbeitern gegenüber den Herrn im Hause. Diesen Standpunkt wird er aber nur solange einnehmen können, solange es sich die Bauamtsarbeiter bieten lassen. Für die Kollegen vom Stadtbauamt kann es nach all dem nur eins geben: Der letzte Mann muß dem Verbandsrat zugeführt werden und die Verbandsmittel müssen zu setzen, überzeugten organisierten Arbeitern gemacht werden. Dann können wir anders mit dem Freiburger Stadtrat reden.

• **Rus Politik und Volkswirtschaft** •

**Konferenzen.**

Die 6. sozialdemokratische Frauenskonferenz tagte vor dem diesjährigen Parteitag am 8. und 9. September in Jena. Wie in den letzten beiden Jahren in der Arbeiterbewegung allgemein ein mächtiger Auftrieb in den Mitgliedersahlen sich geltend gemacht hat, so konnten auch die beiden ersten Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen, die Genossinnen Zieg und Paader, von einem gleichen Aufstieg in der Frauenbewegung berichten. Seit der letzten Konferenz, die 1908 in München tagte, stieg die Zahl der politisch in der Sozialdemokratie organisierten Frauen von 29.000 auf 108.000. Damit ist diese Frauenbewegung bis in die fernwärtigen Gegenden eingedrungen. Die Debatten auf der Konferenz bewegten sich auch hauptsächlich darum, wie die Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen und die Agitation noch intensiver gehalten werden könne. Die Berliner Delegierten konnten interessante über die dort bestehenden Frauenzeitschriften berichten, an deren weiteren Ausgestaltung zur Schulung und Belehrung der Genossinnen fortgesetzt gearbeitet wird. Die guten Resultate, die die Gesamtpartei mit der Aufstellung von Parteisekretären gemacht hat, sollen praktische Anwendung auch für die Frauenbewegung durch Anstellung weiblicher Sekretäre erhalten. Die Genossin Hanna als Vertreterin der Generalkommission der Gewerkschaften referierte über den Wert und die Erziele der Reichsversicherungsanstalt für die Gewerbeinspektoren. Sie gab Anregungen, wie diese Institution noch ver-

vollkommen werden könne. In Anbetracht des würdigen Beispiels des am 19. März d. J. abgehaltenen Frauentages wurde angeregt, im Jahre 1912 erneut eine solche Veranstaltung zu treffen. Bei Eröffnung des Reichstages im Herbst d. J. werden die Frauen öffentliche Protestversammlungen gegen den Lebensmittelpreisanstieg abhalten. Die Frauen werden gleichzeitig verpflichtet, sich mit dem Vorentwurf des Strafgesetzbuches zu befassen und zur gegebenen Zeit überall in die Agitation gegen dieses reaktionäre Gesetzesmachwerk einzutreten. Ebenfalls wurde zur tatkräftigen Teilnahme an den Krankentafelwahlen aufgefordert. Die Ausbreitung der Kinder- und die mangelhafte Durchführung des Kindererziehungsgesetzes erfordern eine herbe Kritik. Werden doch noch immer 225.000 Kinder gewerblich beschäftigt. Die Konferenz forderte von der Regierung die notwendigen Maßnahmen, und von den Parteigenossen, in der Vertretung der Kinderarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen. Ferner fand noch eine Resolution Annahme, die die hanebüchliche Behandlung des Säuglings- und Muttererziehungsgesetzes, die Verhinderung der Kinderversicherung und die Kindererziehungsanstalten für den Säuglings- und Muttererziehung enthält. Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Referat der Genossin Zeffin über die Frauen und die Reichstagsarbeiten und ein solches der Genossin Wal- Berlin über die Frauen und die Gemeindepolitik. Die Rednerin wies nach, ein wie weites Gebiet hier noch brach liegt für die Frauen. Sie können beratend, anfeuernd, ermunternd wirken bei Schaffung von Kindererziehungsanstalten, bei Schulfrage, bei Arbeits- und Armenpflege. Man schon jetzt weitestgehend ausgebaut werden. Nach einer zusammenfassenden Rede der Genossin Zieg wurde die Konferenz geschlossen.

• **Wasserbauarbeiter** •

Von den bayerischen Wasserbauarbeitern. Nicht minder kräftig wie auf der letzten Arbeiterkonferenz hat auf den bayerischen Wasserbauarbeitern die allgemeine Verbesserung der Lebenshaltung. Zudem bilden Luken, Mühlräder und Gebirgsflüsse von jeder Anschauungspunkte für die Arbeiter; ein für die Arbeiter der sozialdemokratischen Bewegung in Bayern unangenehme Erscheinung, als mit der Zunahme von Arzenden allmählich ein Einfluß der Partei für Lebensmittel und Wohnungen eintritt, die dann nicht wieder zurückzuführen. Es wäre es nun jedoch ein dringendes Bedürfnis, daß den Wasserbauarbeitern in Bayern höherer Lohn und weniger, des Arbeitsverhältnisses angenehmer gehender und ständiger Erwerbungen wieder ein Ansehen ermöglicht würde. Wohl hat man gelegentlich der Landtagsarbeiten 1908/10 Forderung im sogenannten „Zehnerausbau“ über solche sozialen Fragen diskutiert. Kadde-

**Die freien Gewerkschaften im Urteile ihrer Gegner.**

II. (Schluß)

Aus kleinen Anfängen und in kurzer Zeit haben die freien Gewerkschaften eine umfassende Organisation (Arbeitersekretariate) errichtet, deren Ausbau sie sich unablässig angelegen sein lassen. Sie haben damit eine Aufgabe übernommen, die von Anfang an Staat und Gemeinden hätten in die Hand nehmen müssen. Denn die Rechtsbelehrung, die Gewährung von Lustnuit und Hilfe an Minderbemittelte betrachten wir als eine öffentliche Pflicht, da es zu Ruh und Frommen der Gesamtheit geschieht. Hierin voranzuschreiten zu sein, wird stets ein Ruhm der organisierten Arbeiterschaft bleiben.

„Soziale Praxis“, Mitte Juli 1907

Die Leistungen, welche die Gewerkschaften den Arbeitern zu bieten bestrebt sind, hat sehr vielseitig, zunächst auf geistig-ökonomischem Gebiet: Schaffung und Erweiterung von Bildungsgelegenheit durch Arbeiterbibliotheken, Arbeiterzeitschriften, Vorträge über allgemein bildende Gegenstände, Faktorie zur beruflichen Weiterbildung, Ausgleichung der Fehler einer vernachlässigten Lehrlingsausbildung; so dann in wirtschaftlicher Hinsicht: Verbesserung und Sicherung der Lohnverhältnisse durch Abschluß fester Tarifverträge, Umwälzung bei Arbeitslosigkeit, wenn sie infolge von Konkurrenzveränderungen oder technischen Umwälzungen, sowie bei Streits und Ausperrungen eintreten, unentgeltliche Beratung durch die Arbeitersekretariate und formelle Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt, Gründung von Konsumvereinen zur Verbilligung des Einkaufs beim zur Förderung von Kreislaufkassen letzteres wurde z. B. in Bayern 1902 und 1903 und auch anderwärts schon erzielt. Die Vertretung der Arbeiter bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung wird durch die gewerkschaftliche Stellung der Arbeiter nützlich vorbereitet und gefördert und in den Verhandlungen der Sozialpolitik, in den Sozialgesetzen, in den Verhandlungen der Versicherungsanstalten: Organisierte Arbeiter, deren Sachkenntnis den Verhandlungen wesentlich abzuholen kommt, wie ungeliebt auch sie selbst in hiesiger Behandlung der einschlägigen Fragen sich betätigen und dadurch lernen können. Der Arbeiterische Wert und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zugelassen, obwohl

gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zugute kommt.

Berichte der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten vom Jahre 1907.

Ich bin von Leipzig mit der größten Hochachtung von den Männern geschieden, die sich jahraus, jahrein die Tätigkeit hingeben, und es ist mir nicht zweifelhaft, daß sie an sich um das Beste der Holzgewerbe, die den tatsächlichen Verhältnisse und der Billigkeit entsprechen und für beide Teile vorteilhafter sind, herbeizuführen als irgendein Schiedsrichter, weil sie eben die erfahrensten Sachverständigen sind.

Minister Bericht in der „Sozialen Praxis“ vom Juli 1908.

Nun zu dem Vorwurf, daß in dem Organisationsvertrage eine Gefahr für Volk und Vaterland zu erblicken sei. Die Ursache dieser Gefahr soll darin liegen, daß der Vertrag mit einer Gewerkschaft abgeschlossen ist, die zur sozialdemokratischen Partei in enger Beziehung steht. Wir stehen nun an zu erklären, daß diese Behauptung vollkommen den Tatsachen entspricht. Aber was beweist das? Nicht nur, daß der Verband als Arbeiterorganisation die politische Interessenvertretung seiner Mitglieder bei einer Partei hat, die nun einmal sich das Recht und den Vorbehalt erworben hat, als „Arbeiterpartei“ ohne Vorbehalt angesprochen zu werden. Es beweist ferner, daß alle bayerischen Parteien es nicht verstanden haben, sich der Parteien der Arbeiter zu verwehren, was vor kurzem bei der „Kampfbünde Partei“, der Organ der bayerischen Arbeitervereine in der Reichshauptstadt, in bescheidenen Mäßen den bayerischen Parteien vorgegeben hat. Das Jahr der bürgerlichen Parteien bezeichnen, ihre Programme einer Prüfung zu unterziehen, aber nicht der bayerischen Arbeiterpartei die Zukunftsfrage vorzugeben und solche Gewerkschaften als „sozialdemokratisch“ anzusehen, die aus den gegebenen Verhältnissen die natürlichste Folgerung ziehen.

„Soziale Praxis“, Bayerischer Arbeiterblatt, Anfang September 1907.

aber hat sich die edle Zentrumskumpanei geweigert, die Konsequenzen zu ziehen und in den Etat die zur Durchführung der gefassten Beschlüsse nötigen Mittel einzusetzen. Es freuten die Menge und gebaren nicht einmal ein elendiges Mäuslein, so möchte man das bekannte Zitat variieren. Aber trotzdem zog die Garde der christlichen Arbeitervertreter von Ort zu Ort, um das „Kochanna“ der Verdienste der Zentrumspartei und insbesondere der christlichen Arbeiterabgeordneten in allen möglichen Tonarten zu besingen.

Aber was die Sozialdemokraten vorausgesagt hatten, traf ein. Die Staatsarbeiter erhielten auf Grund der Landtagsbeschlüsse des unter besonderer Hilfe der christlichen Arbeiterführer zusammengeleiteten Programms, das noch dazu von der Kammer der Reichsräte in den Etas verankert wurde, aber auch keinen roten Pfennig. Wenn wirklich da und dort eine kleine Lohnzulage gegeben wurde, so geschah dies auf das Trängen speziell anderer Organisation und auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, denen sich auch der Staat nicht völlig entziehen kann. Datten die Flustkammer und Kommission für Arbeitsbeschaffung ab und zu doch Ruhe und Aol, die nötigen Arbeiter zusammen zu bekommen. Denn der überliche Vater Staat liebt es nämlich aneinander nicht, seine Wasserbauarbeiten — wie man veräunlichungsweise annehmen sollte — mit einer bestimmten Arbeiterzahl zielbewußt und konsequent durchzuführen, sondern die Bauweise erfolgt — um das bildlich auszudrücken — etwa so, wie der Betrunkene auf der Straße einherwandert. Erst einen gewaltigen Satz, daß er das Gleichgewicht zu verlieren droht, dann gleich wieder ein grundloses Einfallen, Tollen und Schwanken. Werden heute bei den Wasserbauarbeiten noch 30 Mann eingesetzt, so bietet das daraus keine Gewähr dafür, daß nicht morgen schon deren 50 wieder auf die Straße gesetzt werden. Oder es wird irgendein Bau plötzlich eingestellt, um nach 14 Tagen, wenn sich die Arbeiter in alle Sommerferien zerstreut haben, wieder aufgenommen zu werden. Und weiter mit Geistes. Aber andere Besonderheiten, wie z. B. die Entscheidung, daß anständige Arbeiter und Familienväter entlassen, dafür aber Ausländer weiter beschäftigt werden — eine Sache, gegen die wir uns trotz aller internationalen Verbrüderung mit ganzer Entschiedenheit wenden — kann hier hinweggelassen werden. Der gleiche Dinge werden an pössiger Stelle Erörterung finden.

Alle das Zeit der von den Herren Christenführern über den letzten hier gesprochenen Beschlüsse der letzten Landtagssession ist mit Ungerechtigkeit überschüttet. Zwar wurden die 22 Proj. Staatszuschüsse prompt eingehoben, aber für keinen Arbeiter innerhalb der Staatsbetriebe kam eine wirtschaftliche Verbesserung heraus. Was sagt dazu wohl die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ der christlichen, das wiederholt behauptete, die Beschlüsse wären: „Unsere Regierung anerkannt und müssen auch durchgeführt werden.“ Jetzt ist doch klar geworden, daß damit den Bedürfnissen der Staatsarbeiter in keiner Weise Rechnung getragen werden ist.

Was an der Organisation von Arbeitern geschehen kann, das existiert und ist geschehen von den Gewerkschaften in allen ihren Einrichtungen, und was alles von einer reinen Arbeitervertretung in ihrem Wirkungsbereich zum Besten der Arbeiter gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt. Kein Geleggeber hatte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängertum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg im Reichstag am 15. Januar 1909.

Es kann uns nicht entgehen, daß es im Laufe der letzten 20 Jahre die Stellung des gewerblichen Arbeiters im öffentlichen Leben und vor allem gegenüber dem Arbeitgeber vollkommen verändert haben hat. Aus dem in voller wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Kapitalisten stehenden „Untergebenen“, dem jeder Einfluß auf die Festlegung des Arbeitsverhältnisses und auf die Bestimmung der Lohnhöhe verweigert war, ist der nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich dem Arbeitgeber gleichberechtigte und gleichmächtige Arbeitnehmer geworden. Dem nach heutiger Auffassung ein vollwertiges Kommunikationsrecht über alle Teile der Arbeitsordnung und der Arbeitsentlohnung zusteht, und der infolge der weitverbreiteten Gewerkschaften von diesen Rechten in ausgiebigem Maße Gebrauch zu machen in der Lage ist. So sind im gewerblichen Leben Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch vollkommen gleichberechtigte Vertragspartner geworden, welche in ihrer Beziehung über ein innerordnungsverhältnis zueinander stehen. Und auch die wirtschaftliche Stellung des gewerblichen Arbeiters ist sich wesentlich verändert und wir leben, doch auch jetzt noch im ganzen Staat von den leidenschaftlichen Streben nach einem Übergang zu höheren Lebensbedingungen durchdrungen ist. Die wirtschaftlichen und sozialen Nachteile, in denen sich dieses Streben äußert, haben je bestrebt zu höheren Stufen in unserem öffentlichen Leben geführt und erfüllen auch jetzt noch den Gewerkschaften und den Sozialpolitikern mit eifriger Sorge. Aber die ersten weiteren Gesichtspunkt aus können wir in diesem Zusammenhang doch nur die Ubergangsform zu einer höheren Stufe unserer Volkswirtschaft begreifen. . . Die Kranken, die Unfall-

und darauf kommt es doch wesentlich an und nicht auf das, was irgendwo auf dem Papier steht.

Aber was nun? — Am 28. September tritt der bayerische Landtag zur letzten Session vor seiner Auflösung zusammen. Auch die Wahlen zum Reichstag stehen vor der Tür. Wird man unter dieser Perspektive neuerdings ein solch fremdes Gaukelspiel mit den Staatsarbeitern wagen? — Jedenfalls wird sich die sozialdemokratische Fraktion nach Kräften zur Wehr setzen, wenn man das alte Spiel nochmals einfallen wollte. Die Regierung wird Rede und Antwort stehen müssen, welche Mittel zur Durchführung der bei der letzten Session zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gefassten Beschlüsse nötig sind. Wird das eine Freude sein für Herrn Eschsch, wenn er die runden Summen nennen muß; er wird dann wohl auch Berechnungen anstellen, in welchem prozentualen Verhältnis der Betrag zu der Gesamtamerikation steht. Und die Beträge werden wohl oder übel beschafft werden müssen und die Sozialdemokraten werden wohl nicht ruhen, bis die Summen irgendwie Deckung gefunden haben. Das scheint eine heisse Situation für das Zentrum werden zu wollen. Das Zentrum im Verein mit den christlichen Arbeiterabgeordneten kann doch heuer nicht jene Anträge ablehnen, die es in der letzten Session beschlossen hat, ohne sich den Vorwurf abendlicher Täuschung der Staatsarbeiter selbst zu beschaffen. Dalt es aber die Beschlüsse anreicht und bewilligt — wie 1909/10 — keine Mittel, so ist der Effekt der gleiche wie bei der letzten Session. So wäre das Spiel doch gar zu durchsichtig. Und die Arbeiter der Flugbauämter, Militär- und sonstigen Staatsbetriebe werden sich nicht nochmals hinters Licht führen lassen. Diese Arbeiter führen heute zum großen Teil ein Hungerleben im wahren Sinne des Wortes und die Erziehung mander Staatsarbeiterfamilie ist in Frage gestellt. Können sich die maßgebenden Faktoren der Frage ihre Ent- und Beschlüsse wohl auch erlaubt sein. Verheben sie die Zeichen der Zeit nicht, um so schlimmer für sie.

Unsererseits ist für die Staatsarbeiter bereits tüchtig vorgearbeitet worden. Bezüglich der Wasserbauarbeiten liegen folgende Anträge als das Ergebnis vieler Vernehmungen dieser Kollegen bereit, um nebst einer entsprechenden Begründung im geeigneten Zeitpunkt eingereicht zu werden:

1. Gewährung einer außerordentlichen Lohnhöhung von täglich 30 Pf. mit Rückwirkung auf den 1. Juli 1911.
2. Einsetzung der nötigen Mittel zur Durchführung der Beschlüsse der Session 1909/10, von denen insbesondere hervorzuheben sind:
  - a) Schaffung eines Lohnklassentarifes unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse;
  - b) Gewährung von Familienzulagen von 10 Pf. pro Jahr bis zum 10maligen Turnus;

und die Invaliden- und Altersversicherung gewähren dem Arbeiter schon jetzt für alle Fälle der Erwerbsbeschränkung oder Arbeitsunfähigkeit die zum Lebensunterhalte notwendigen Mittel; die Nachstellung der Gewerkschaften bietet ihm Schutz gegen ungerechtfertigte Kündigung des Arbeitsverhältnisses und in einer Reihe von Fällen eine beschränkte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Regierungsrat Braun in der „Augsburger Abendg.“ 1908.

Die Organisationen auf Seiten der Arbeitnehmer sind ihrem ganzen Wesen und ihrer ganzen Zweckbestimmung nach Kampforganisationen. Damit soll nicht etwa ein Vorwurf ausgesprochen werden, sondern nur eine aus dem Gegenlage der Klassen sich ergebende Tatsache festgestellt werden. Sichen diese Körperlichkeiten unter dem Zeichen der ständigen planmäßigen und nachdrücklichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnarbeiter, so wird zur Erreichung dieses Zieles am letzten Ende von ihnen noch immer der gewerbliche Kampf ins Auge gefaßt werden müssen. Aber es würde ungerecht sein, wollte man nicht anerkennen, daß die Koalition der Arbeiter in der Behandlung der das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen auch viel Gutes bewirkt hat. Im allgemeinen ist es sogar vom Standpunkt des Arbeitgebers zu begrüßen, daß an die Stelle des Individualismus (Einzelnen) der Kollektivismus (Gesamtheit) getreten ist. Mit der fortschreitenden Ausgestaltung der Arbeiterorganisationen hören die kleinen, gebärgigen Konflikte mit der Gegenseite auf. Je mehr der Einfluß intelligenter Führer zunimmt, um so mehr werden aus den Verhandlungen Streitpunkte verschwinden, denen ein offensichtliches Unrecht zugrunde liegt. Dasselbe gilt natürlich von den Verbänden der Arbeitgeber. So kann man allgemein sagen, daß in den organisierten Gewerben nur noch über erstehende Fragen gestritten wird, daß dagegen die fortgeführten leichten und individuellen Kräfte und Janereien aufhören, weil alle Handel nicht mehr durch die unruhigen Willigen ausgefochten, sondern durch die Verbandsgänge entschieden und damit aus dem Sinne stark beeinflusster Ausübung und persönlicher Gefühlswaltung in die Sphäre vorurteilstreuer Beurteilung gerückt werden.

Rudolf Junke, Direktor der Schlichtungs-Kommission, Vortrag auf dem internat. Brauereikongress, Brüssel 1910.

- c) entsprechende prozentuale Zulagen für Vorarbeiter, Handwerker und Schiffer;
  - d) die im Sommer beschäftigten Arbeiter sollen den gleich hohen Lohn auch im Winter erhalten, während die im Laufe der Wintermonate eingetretenen Arbeiter mindestens am 1. April auf den Vollen aufrücken;
  - e) Gewährung von Entfernungszulagen;
  - f) Urlaubsgewährung;
  - g) Sicherung des Dienstverhältnisses durch entsprechende Kündigungsfristen;
  - h) Schaffung von Pensionsbestimmungen im Sinne der Satzungen für die Arbeiter der Stadtgemeinde Münden.
3. Umwandlung ständiger Vorarbeiterstellen in statusmäßige Stellen.

Das sind im wesentlichen die Punkte, die in allen Versammlungen der Wasserbauarbeiter wiederkehrten. Sie zu einer glücklichen Lösung zu bringen, muß unsere erste Aufgabe sein. Diese Lösung nach Kräften zu unterstützen, ist Pflicht aller hiesigen Wasserbauarbeiter, die sie dadurch erfüllen können, daß sie unabhängig für den Ausbau und die Stärkung der Organisation durch Zuführung neuer Mitglieder wirken.

J. Sebald.

• Aus den Stadtparlamenten •

**Berlin.** Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat von Berlin, unverszüglich Schritte zu tun zur Beseitigung der verhängnisvollen Lebensmittelverknappung durch Einsetzen an die zuständigen Stellen, um Aufhebung der die Nahrungsmittel verteuernenden Maßnahmen, als auch durch städtische Einrichtungen zur Versorgung Berlins mit Lebensmitteln aller Art.“

**Hüppingen.** Die Gasarbeiter sind vor einigen Wochen in eine Lohnbewegung eingetreten und muhten zur Erreichung ihrer Forderungen auch den Streik in Aussicht nehmen. In der Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 31. August wurde nun den Vätern der Gasarbeiter zum Teil Rechnung getragen. Oberbürgermeister Dr. Med. wies dabei überflüssigerweise besonders darauf hin, daß den Schichtführern des Gaswerks, die als städtische Unterbeamte nicht der Gewerbe-, sondern der Gemeindeordnung unterstehen, keinerlei Streikrecht zustehe. Die Löhne der Schichtmeister wurden in der Weise geregelt, daß sie einen Anfangslohn von 4 M. (seither 3,50 M. erhalten und von Jahr zu Jahr um 10 Pf. bis zum Ende von 5 M. aufrücken. Ganntarbeit wird mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Den Schichtführern wurde eine Gehaltszulage durch Vorrückung in eine höhere Gehaltsklasse gewährt. — Wir werden später eingehend darüber berichten.

• Aus unserer Bewegung •

**Bremen.** Seit dem Jahre 1905 heben die bremischen Staatsarbeiter in einem steten Lohnkampfe. Die Liberalen“ Befürworter haben sich immer davon zu drücken, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgreifend und einheitlich zu regeln; es werden noch Löhne von 3,70 und 3,90 M. bezahlt. Im vorigen Jahre wurden den Arbeitern Zulagen von 15-20 Pf. pro Tag bewilligt, aber diese sind durch die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise längst wieder restlos gemacht. Die Arbeiter fordern deshalb Lohnerhöhungen von 10-20 Prozent. Für Überstunden werden entsprechende Zuschläge verlangt. In den Betrieben, in denen Tag und Nacht gearbeitet wird, soll der Achtstundentag, in den übrigen der Neunstundentag eingeführt werden. Semesterurlaub soll allen Arbeitern gewährt werden, und zwar nach dem ersten Jahre 8 Tage und dann mit jedem Jahre um 2 Tage steigend bis zu 2 Wochen. Von den 2000 bremischen Staatsarbeitern sind jetzt über 1700 in unserer Verbände organisiert. Es kann also eine heisse Schlacht geben.

**Samburg-Hettingen.** Auf dem höchsten Boden der Gedrungen will der Statmeister Schlatermund durchaus Allein herrschen bleiben. Daß auch in diesem abseits der Großstadt in hübscher Ruhe liegenden Dörfern die vom Hamburger Staat an der Unterelbe beschäftigten Arbeiter den Weg zur Organisation fanden und ihren Wert klagen lernten, kann er nicht verhindern. Waren doch die unorganisierten Stakerarbeiter Hettlingens lange Zeit das Schreckensbild, mit deren Heranziehung der Herr Statmeister die am anderen Ufer der Elbe beschäftigten Arbeiter bedrohte, wenn diese mit seinen oft recht rigorosen und eigentümlichen Maßnahmen nicht einverstanden waren. Genügt hat es dem Herrn statlich nichts, denn die Organisation und die sich daraus ergebende Schwand der Arbeiter war stärker wie er. Es geht ihm wie so manchen „Großherren“, die da glauben, die Organisationen der Arbeiter vernichten zu können. Wenn Herr Schlatermund, nach seinen Ausprüchen zu urteilen, sich wirklich ernstlich die Organisation werde ihm gegenüber „auf der Strecke bleiben“, so macht das ja seiner Phantastie alle Ehre, aber kein

mit den wirklichen Verhältnissen vertrauter Mensch wird solches Geschwafel ernst nehmen. Unausgesparte und geistig beschränkte Arbeiter mögen eine kurze Zeit diesen Trüben Glauben schenken und in Herrn Statmeister Schlatermund den mit unumschränkter Machtvollkommenheit ausgerüsteten Allein herrscher der Unterelbe erblicken, aber — Seifenblasen spielen schnell und die Wirklichkeit hämmert die Erkenntnis unarmherzig selbst in die dicksten Schädel. Wie es auf den von Herrn Schlatermund beaufsichtigten und kontrollierten Arbeitsplätzen auf Hettlinger Seite aussieht, davon für heute nur einige kleine Beispiele. Beschäftigt sind dort circa 70 Stakarbeiter. Für diese ganze Schar sind weder Aborte noch Trinkwasser vorhanden. Durch die andauernde Hitze der letzten Monate ist auch das Trinkwasser im Dorfe Hettlingen spärlich geworden und den Stakarbeitern wurde weitere Abgabe von Trinkwasser verweigert. Nun ist zwar der Genuß von Elbwasser äußerst schädlich, aber den Arbeitern blieb eben nichts anderes übrig. An Stelle des nicht mehr zu erlangenden Trinkwassers mußte das in der heißen Jahreszeit von Wertvolleren wimmelnde Elbwasser zum Trinken und Kochen benutzt werden. Arbeiter und Krankenliste haben natürlich den Schaden davon. Aborte sind überhaupt nicht vorhanden. Es geht die Sage, daß zu Anfang dieses Jahres Teile eines solchen Häuschens geliefert worden seien. Eine Aufstellung war infolge der Unvollständigkeit nicht möglich und so wurden die Teile wieder zurücktransportiert. Der alte Zustand der Natur blieb nach wie vor erhalten. Unter Umständen räume zur Einnahme der Maßzeiten sowie zum Schutz vor unangenehmer Witterung scheinen dem Herrn Statmeister gleichfalls überflüssige Dinge zu sein. So haken denn die Hettlinger in Sonnenstein und Wegen im Freien herum und verzehren ihr täglich Brot. Von den zwei vorhandenen Schlafküden für die nachts an den Arbeitsplätzen Verbleibenden dient eine 2½ Meter hohe, ebenso breite und 3 Meter lange vier Arbeitern zum nächtlichen Aufenthalt. Es befinden sich darin vier Betten, je zwei übereinander gestellt. Ein An- und Auskleiden dieser vier Arbeiter zu gleicher Zeit ist nach den Raumverhältnissen ganz ausgeschlossen, deshalb warten immer zwei so lange vor der Türe, bis die anderen beiden dieselbe verlassen haben. Solche Zustände zu beseitigen, hat der Herr Statmeister, wie es scheint, keine Zeit; seine Aufgabe ist, den in Hettlingen einedrungenen Htt Verbund auszurotten. Die Wasserbauinspektion unterstehe in Hettlingen sollte die Tätigkeit des genannten Statmeisters einmal genau ansehen, sonst könnten ihr bei weiterem Fortbestehen dieser „natürlichen“ Verhältnisse recht unangenehme Überraschungen zuteil werden. Sein Gehalt bekommt Herr Schlatermund in seiner Eigenschaft als Statmeister und nicht als Auditor irgendeines Vereins zur Bekämpfung geschlechtlicher Arbeiterorganisationen. Den Hettlinger Stakarbeitern aber geben wir den Rat: „Galtet fest an der Organisation!“

**Hln.** In der am 16. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Winder über die Spagierausstellung in Dresden. In sehr verständlicher Weise führte er den Anwesenden das dort Gedachte vor Augen, wobei er es nicht unterließ, herbe Kritik zu üben, insbesondere an der schönfärbenden Aufmachung, in der man die Wohlthatereinrichtungen und das Verschickungsmessen auszustellen beliebte. Am Gegenfah hierzu seien es die unter Selbstverwaltung der Arbeiter stehenden Kritikerklassen Tuffeldorf, Leipzig, Kritikerkasse der Berliner Kaufleute und andere mehr, die Aufklärungsarbeit geleistet haben. Durch eine von letzterer Klasse aufgenommene Wohnungsausschüsse sei Ungleichheit in das Wohnungswesen der Arbeiterschaft hineingelockt worden. Redner wies darauf hin, daß in Bezug auf Gesundheitspflege, Säuglingschutz usw. die Ausstellung viel Lehrreiches biete. Will aber die Arbeiterschaft das in Dresden Gezeigte befolgen, so ist es notwendig, daß sie durch seinen Zusammenschluß eine Umwälzung der heutigen sozialen Verhältnisse erreicht. Ueber den Stand der Lohnbewegung berichtete ebenfalls Kollege Winder. Der Zusammentritt der Subkommission der sozialpolitischen Deputation erfolgt nunmehr am 29. d. M. Die Krisenverwaltung sei augenblicklich damit beschäftigt, Material zwecks Widerlegung der in der Zeitschrift der Verwaltung enthaltenen Unrichtigkeiten zusammenzutragen. Eine in der nächsten Woche einzuberufende kombinierte Arbeiterausdehnung wird sich mit der Anwesenheit befassen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft eigenständig beruht ist von der Verdrückung des Zusammentritts der Subkommission um rund vier Wochen. Die Lage der städtischen Arbeiter wird infolge der Teuerung eine immer schlechtere und mit Grauen sehe man dem Winter entgegen. Die Kollegen sprechen die Ermordung aus, daß die Verhandlungen seitens der Verwaltung nicht langer hinausgeschoben werden. Die Krisenverwaltung berichtigte dann über den Stand der Lohnbewegung an dem Vereinigten Stadtbecker, die sich dem Wächter nähert und einen wesentlichen Schritt für die Kollegen bringt. Genosse Dr. M. Erdmann leit, am 18. d. M. benennend, vier Vorträge über: „Die politischen Parteien Deutschlands.“ Um den Kollegen Gelegenheit zu geben, sich auf diesem Gebiete zu unterrichten, hat die Krisenverwaltung beschlossen, eine Anzahl Karten zu übernehmen, die an solche Kollegen abgegeben werden sollen, die die Garantie geben, daß sie sämtliche Vorträge besuchen und daß sie in der Lage sind,



das Gehörte zu verwerten. Es soll eine genaue Kontrolle ausgeübt werden, um festzustellen, ob sich für die Zukunft eine derartige Einrichtung lohnt.

**Bad Reichenhaller.** Unsere Filiale hatte bei der Stadtverwaltung eine Erhöhung des Tagelohnes, Gewährung von Urlaub und noch einige Kleinigkeiten beantragt. Da gefiel es dem Magistrat, vom Tagelohn zum Stundenlohn überzugehen. Statt soziale Vergünstigungen zu gewähren, entzog man den Arbeitern sogar noch den freien Nachmittag an Vorabenden vor Feiertagen, ja sogar die durch den früheren Arbeitsfluß an Jahrtagen versäumten Stunden werden in Abzug gebracht. Man will also das schlechte Beispiel gewisser Unternehmer nachahmen. Aber so konsequent war die Reichenhaller Stadtverwaltung doch nicht, den städtischen Arbeitern wenigstens die bei Kantun usw. üblichen Stundenlöhne zu zahlen. Mit einer geradezu verdächtigen Eile sollte der „Schöne Plan“ in die Praxis umgesetzt werden. Auf Protest unserer Werkleitungsleitung verfiel das Bezirksamt jedoch, daß der arbeiterscheudliche Beschluß nicht zur Ausführung kommen darf. So weit ist es also mit der Reichenhaller Stadtverwaltung gekommen, daß sie sich vom Bezirksamt muß Notizen erteilen lassen. Die Folge davon war, daß man sich sechs Arbeiter aus Rathaus holte und ihnen ein Büchlein zeigte, das die Arbeitsordnung darstellen sollte. Diese den Leuten auszuhändigen, fiel den Herrschaften gar nicht ein, und heute hat noch kein Stadtarbeiter die neue Arbeitsordnung gesehen. Die sechs Mann sollten den „Arbeiterauschuß“ markieren, um so den gesetzlichen Bestimmungen zu genügen. Wenn es auch von den Reichenhaller Spielern, von denen einer gerade bei dieser Gelegenheit sein „Geizhalsstück“ leudeten ließ, nicht verlangt werden kann, so sollte der „Rechtskundige“ doch wissen, daß ein solcher Ausschuss nicht vom Magistrat ernannt wird, sondern von den Arbeitern zu wählen ist. Im übrigen muß die Arbeitsordnung doch auch den Leuten zur Kenntnis gebracht werden. Wie die Stadtarbeiter mit dem mageren Winterverdienst auskommen sollen, ist vorläufig noch das Geheimnis der städtischen Kollegen. Jedenfalls werden diese schon noch ihre blauen Wunder erleben. Uebrigens wäre es wohl an der Zeit, in der müßigen Gemeindefolge bei der bevorstehenden Gemeindevwahl gründlich auszuräumen.

**Konst.** In der Versammlung aller städtischen Arbeiter vom 10. September referierte unter großem Beifall Kollege Vohr. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie die heutige Warenfabrikation nur von dem einen Gedanken betrieben würde, für den Unternehmer den möglichst höchsten Profit herauszuschlagen. Die Leidtragenden sind dabei die Arbeiter. Denn sie werden bei langer Arbeitszeit und intensiver Anstrengung mit wenigen Pfennigen Lohn abgepeitert. Auch die Gemeindebetriebe werden in kapitalistischem Sinne verwaltet. In Konstanz beziehen auf dem Gaswerk und der Quarantänestation noch Arbeitszeiten von 12 Stunden, wobei noch Stundenlöhne von 32 bis 40 Pf. bezahlt werden. Den Freunden der Arbeiterbewegung wird von den Gemeindefreunden immer zu Unrecht vorgeworfen, sie wollten die Ehe zerstören. Die kapitalistische Wirtschaftsweise macht aber ein ordentliches Familienleben nahezu unmöglich. Denn bei den niedrigen Löhnen und hohen Lebensmittelpreisen ist die Frau gezwungen, mitzuarbeiten, und wird so den Kindern als Mutter entzogen. Und dann führt dieselbe Gesellschaft, die solche Zustände verschuldet, Zeter und Mordio über die Verwahrlosung der Arbeiterjugend. Der Referent schloß, es wird Zeit, daß auch in Konstanz menschenwürdige Zustände für die städtischen Arbeiter geschaffen werden. Dazu ist es aber notwendig, daß sich alle Kollegen zusammenschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. In der Diskussion wurden diese Ausführungen auf das Lebhafteste unterzogen. In Konstanz hat man sich nicht scheut, Familienväter am Rande der Liebe aufs Straßenspalt zu werfen und mit dem Annehmen der erst errungenen Arbeitsordnung nimmt man es auch nicht so genau. Darum, ihr städtischen Arbeiter Kollege, die ihr unserem Verbands noch fernsteht, laßt euch endlich ein Herz und treter der Organisation bei. Denn ihr halt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid.

**Strasbourg.** Am 7. September fand im Gasthaus „Zur goldenen Traube“ unsere zahlreich besuchte Versammlung statt. Der Referent, Kollege Weigel, führte u. a. aus, wie sich die Lebensmittelpreise und Lohnverhältnisse vor 10 Jahren gestaltet haben, wie heute die Arbeiter unter der Furchung zu leiden haben. Unter diesen Umständen muß mit den schärfsten Mitteln gekämpft werden. Eine traurige Organisation ist nötig und auch die bisherigen Gewerkschaftler müssen sich unserer Organisation anschließen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Ferner wurde eine Eingabe um Verbesserung der Lohnverhältnisse für die städtischen Kohlenarbeiter bekanntgegeben, die dem Magistrat vorgelegt werden soll. Auch gab der Referent einen ausführlichen Bericht über die Konferenz der Gewerkschafter, die in Berlin tagte. Mit einem Appell an die Mitglieder, rasch zu antworten, damit unsere Filiale sich veranlassen konnte, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Sittau.** In der Verdrängung von Arbeiterforderungen hat der Sittauer Stadtrat gewissermaßen einen Rekord aufgestellt. Man

denke, im Oktober des Jahres 1909, vor nunmehr zwei Jahren also stellten unsere Kollegen zum ersten Male verschiedene Anträge, um eine gründliche Umgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Sie verlangten vornehmlich die Einführung des Sommerurlaubs, Einführung vor- fester Tagelöhnen mit dem Dienstalter steigend, Verkürzung der Arbeitszeit, Zahlung des Differenzbetrages. Am Jahre 1910 brachte der Stadtrat die be- rühmte provisorische Urlaubsordnung, aber keine Erledigung der übrigen Anträge. Sofort erneuerten die Kollegen ihre Eingabe und ersuchten um Beschleunigung der Sache. Da endlich im Frühjahr dieses Jahres brachte der Stadtrat die eigentliche Urlaubsordnung und wenn sie auch nicht unseren Anträgen voll und ganz entspricht, so ist sie immerhin annehmbar. Aber leider, von der Erledigung der übrigen Anträge ließ der Stadtrat nichts hören. In mehreren Versammlungen beschäftigten sich unsere Kollegen mit der Sache. Es wurde eine Resolution eingereicht, worin zwar die Erledigung der Urlaubsordnung begrüßt, die Nichterledigung der Lohnfrage aber scharf verurteilt wird. Diese Resolution verschnupfte oben gewaltig und der Oberbürgermeister selbst setzte sich auf die Hosen, um unseren Kollegen zunächst zu eröffnen, daß die erneute Petition um Lohnhöhung dem Ausschuss zur Vorberatung der Arbeiterordnung überwiesen sei. Im übrigen aber müsse der Stadtrat verlangen, daß sich die Arbeiter in Zukunft eines höflicheren Tones, wie er „Bittstellern“ zukomme, befleißigen. Hierauf blieben unsere Kollegen die Antwort nicht schuldig, indem sie dem Stadtrat schrieben, daß es angesichts der langen Verdrängung ihrer Anträge durchaus nicht verwunderlich sei, wenn sich der Arbeiter eine gewisse Erregung bemächtigt habe und lediglich diese sei in der Resolution zum Ausdruck gekommen. Im übrigen betrachteten sie es als ihr gutes Recht, Anträge auf Verbesserung ihrer Lage zu stellen, ohne sich als Bittsteller zu betrachten. Dann war in dem Schreiben noch der Wunsch ausgedrückt, daß die Ueberweisung ihrer Petition an den Ausschuss keine neue Verzögerung bedeuten möge, sondern daß der Ausschuss seine Vorschläge recht bald unterbreite, so daß noch im Laufe des Sommers die Lohnhöhung erfolgen könne. Daraus ist nun allerdings nichts geworden. Denn bis heute, nach einem halben Jahre also, haben die Arbeiter auch nicht das geringste über ihre Angelegenheit gehört. Wahrscheinlich hat die in diesem Sommer außergewöhnlich große Hitze lähmend auf die Tätigkeit des Ausschusses eingewirkt. Jetzt scheint ja nun höhere Witterung einzutreten, so daß zu hoffen ist, daß der vorbereitende Ausschuss zu neuem Tatendrang kommt. Die Arbeiter haben ihrerseits bereits wieder eine Anfrage an den Stadtrat gelangen lassen, wie es denn nun eigentlich mit ihren Anträgen sei. Sollten nun die Arbeiter wider Erwarten in der aller nächsten Zeit keine Antwort erhalten, so sind sie entschlossen, zu anderen Maßnahmen zu greifen, worin diese bestehen, das zu bestimmen ist einer am 29. September stattfindenden öffentlichen Versammlung überlassen. Wenn man sich diese wohl einig dastehende Verdrängung der von den Arbeitern gestellten Anträge anseht, so weiß man nicht, was man mehr bewundern soll, ob die ungemein große Geduld der Arbeiter oder die so unerhörte Verdrängungstaktik des Stadtrates. Diese kommt einer Präsierung der Arbeiter fast gleich und es wäre wahrhaftig kein Wunder, wenn sich die Arbeiter hätten zu Schritten hinreizen lassen, die wir im Interesse der Arbeiter selbst und im Interesse des Aufes der Stadt bedauern müßten. Aber, wie gesagt, zu verwundern wäre es tatsächlich nicht, wenn den Arbeitern die Geduld ausreicht. Daher dürfen wir wohl nunmehr erwarten, daß die Anträge der Arbeiter recht bald ihre Erledigung finden.

◆ Internationale Rundschau ◆

Die siebente internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen tagte vom 10. bis 12. August in Luzern. Aus dem Bericht des Internationalen Sekretärs, Genossen Legien, ist zu entnehmen, daß dem Internationalen Sekretariat Ende 1910 20 Länder mit 6 033 500 Gewerkschaftsmitgliedern angeschlossen waren. Das N. S. hatte die Regierungen einer Anzahl Staaten aufgefordert, gegen den preussischen Legitimationszwang Protest einzulegen. Das ist nur vom italienischen Minister des Auswärtigen zugesagt worden. Aus den Antworten der übrigen Regierungen geht hervor, daß diese einen energischen Protest gegen das ihren Landesleuten — allerdings nur den Arbeitern — zugesagte Anrecht nicht wagen, vielmehr alles vermeiden, was etwa das Mißfallen der Geschäftsführer der preussischen Konferenz erregen könnte. Denn nur diesem dient jener Legitimationszwang, gegen den auch in allen berichtenden Ländern ein weiterer energischer Kampf angekündigt wird. Der Antrag der französischen Landeszentrale, die „Industrial Workers of the World“ in das N. S. mit aufzunehmen, wurde gegen die Stimmen der Franzosen abgelehnt. Dabei kam es zu heftigen Ausfällen des französischen Delegierten Doubaux gegen den Vertreter der American Federation of Labor, James Duncan. Doubaux verurteilte auf seine Initiative, dem das Faktieren der Aubert der A. F. o. L. mit der Civic Association, einer Organisation, deren Zweck die Verwirklichung der Schlagengegenstände ist. In Bulgarien bestehen zwei Gewerkschafts-

zentralen, wovon die eine bisher dem J. S. angehörte. Die andere hat bisher vergeblich um Aufnahme nachgesucht. Es wurde beschlossen, beide Landeszentralen bis zur nächsten Konferenz außerhalb des J. S. zu stellen und beiden aufgegeben, sich bis dahin zu vereinigen. Der Internationale Sekretär solle eventuell geeignete Schritte unternehmen. Bezüglich der internationalen Hilfsaktion wurde beschlossen: Das Internationale Sekretariat hat sich an internationalen Hilfsaktionen nur dann zu beteiligen, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- oder Industrieverbände eines Landes derart in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind, daß die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel im eigenen Lande oder von den internationalen Verwandtenorganisationen, denen die beteiligten Verbände angehören, nicht aufgebracht werden können. Eine Hilfsaktion kann auch dann eingeleitet werden, wenn in einem Lande eine solche große Anzahl von Arbeitern eines Berufes im Kampfe steht, daß die Mittel des eigenen Landes nicht ausreichen, und daß ferner alle Unterstützungsmittel aus dem Auslande über das Internationale Sekretariat geleitet werden sollen. Von Belgien und Holland wurde beantragt, die Internationale Konferenz nur alle 3 Jahre im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongress abzuhalten. Hierbei machte Tuncan (Amerika) die Mitteilung, daß 1915 ein Arbeiterkongress in San Francisco anlässlich der Eröffnung des Panamakanals tagen werde und daß er beauftragt sei, die Konferenz für dieses Jahr nach San Francisco einzuladen. Damit die nächste Konferenz in der Lage sei, diese Einladung anzunehmen, bitte er, es bei dem bisherigen Modus zu belassen und die nächste Konferenz 1913 in Europa abzuhalten. Dem wurde zugestimmt und der Antrag Belgien-Holland zurückgezogen. Die hohen Kosten einer solchen Konferenz sollen eventuell durch Umlageverfahren gedeckt werden, um auch den kleinen Ländern die Teilnahme zu ermöglichen. Hinsichtlich der Zuwanderung ausländischer Arbeiter während Lohnkämpfen und in Zeiten wirtschaftlicher Depression wurde ein amerikanischer Antrag angenommen, der die Abwanderung von Arbeitern in andere Länder während Lohnkämpfen, wenn solche bevorstehen, oder in Zeiten industrieller Depression verhindern will, und zwar soll dies durch Mundschreiben des J. S. geschehen. In den Parlamenten sollen die Arbeiter auf das gesetzliche Verbot der Nacharbeit hinarbeiten. Zum internationalen Sekretär wurde Genosse Legien wiedergewählt.

**England.** Der glänzende Sieg der Seeleute hat große Arbeitermassen in England aus ihrer Verbargie gerüttelt. Die Folge waren weitere große Streiks. Die Lage der ungelerten Arbeiter war auch eine äußerst gedrückte. Standen doch der Steigerung der Lebensmittelpreise auf 15 bis 20 Proz. keine Lohnerhöhungen gegenüber. Den Anfang bildete der Streik der Tockarbeiter im Londoner Hafen, der Ende Juli ausbrach und 30.000 Arbeiter umfaßte. Er endete mit einem vollen Siege der Streikenden; am 6. August mußten die Unternehmer Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zugehen. Inzwischen waren aber auch die Londoner Lasterfahrer in den Kampf getreten. Da eine Einigung zwischen diesen und ihren Gegnern vorerst nicht erzielt wurde, verhartete auch die Tockarbeiter aus Solidarität im Auslande. Den Lasterfahrern schlossen sich die Weidnerbootsführer, Stauer und Kohlenträger an, wodurch die Zahl der kämpfenden bis auf 100.000 stieg und die Nahrungsmittelzufuhr für die gewaltige englische Metropole völlig unterbrochen wurde; nur die Versorgung der Krankenhäuser war von den kämpfenden Arbeitern offen gelassen worden. Unter dem Trud der öffentlichen Meinung fanden weitere Verhandlungen statt, die zu einer für die Streikenden befriedigenden Einigung führten. Die Arbeit war noch nicht vollständig aufgenommen, da traten die Lasterträger, Bahnarbeiter usw. in Hull, Manchester und anderen Städten in den Ausstand. In Liverpool sperrten die Unternehmer die Hafenarbeiter aus, was durch Solidaritätsstreik der übrigen Transportarbeiter beantwortet wurde. Dabei benahm sich die Polizei dem Publikum gegenüber ebenso provozierend, als seinerzeit die Berliner Polizei bei den Unruhen in Moabit. In London und anderen Orten traten zu gleicher Zeit die Eisenbahner in den Ausstand. Die englischen Eisenbahnen sind nicht verstaatlicht. Die Unternehmer lehnten nach bekanntem Muster jede Verhandlung mit den Gewerkschaftsvertretern ab. Dieses hatte zur Folge, daß am 17. August der Generalstreik der englischen Eisenbahner erklärt wurde. Die völlige oder teilweise Stilllegung der Hauptlinien und Schließung von 13 Londoner Bahnhöfen war der Effekt. Am 19. August wurden 1/2 Million ausländischer Transportarbeiter geschäft. Die englische Regierung, die den Eisenbahnkapitalisten noch das Mandat erteilt hatte, bot gegen die Arbeiterstreik Polizei und Militär auf. Doch mußte sie bald das Unnütze ihres Vorgehens einsehen und so drängte sie die Unternehmer zu Verhandlungen, die auch bald zur Einigung führten. Sie brachte den Eisenbahnern vorerst nur das Zugeständnis, daß alle Ausständigen wieder eingestellt und Maßregelungen nicht vorgenommen werden. Alle anderen Fragen und Forderungen sollen durch weitere Verhandlungen erledigt werden. Befürworter Vorteile hat also der Generalstreik den Arbeitern vorerst nicht gebracht. Diese werden sie sich erst sichern können, wenn sie geschlossen als organisierte Gewerkschaft hinter den Männern stehen, die ihre Forderungen bei den ferneren Verhandlungen den Unternehmern gegenüber vertreten werden. Wären

die englischen Transportarbeiter stark genug organisiert und durch die Gewerkschaft für den Massenkampf geschult gewesen, dann würden die Kämpfe zweifellos einen anderen, ziesichereren und dadurch erfolgreicherem Verlauf genommen haben.

Hindernd für die planvolle Durchführung der Bewegungen wirkte aber zweifellos auch die Zersplitterung des geringen Prozenttages der Organisierten in nicht weniger als 58 verschiedenen Verbänden. Hoffentlich lernen daraus die englischen Arbeiter nun endlich die Zentralisation der Gewerkschaften schätzen und machen diesem Zersplitterungsweisen bald ein Ende.

**England.** Vom 5. bis 11. September tagte in New Castle der Trade-Union-Kongress. Als Gäste waren auf Einladung des parlamentarischen Komitees zwei Vertreter des Handelsministeriums, zwei frühere Gewerkschaftsführer, und als Vertreter des Ministeriums des Innern der frühere Gewerkschaftsführer Skelton erschienen. Im Jahresbericht wurden sie irrtümlicherweise als britische Delegierte (Delegierte verwandter Organisationen) bezeichnet. Der Bergarbeiterdelegierte Robert Smillie lenkte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf diese Bezeichnung und fragte, ob, wenn man auch die Phantasie noch so anfragen möchte, die Regierung als eine Arbeiterorganisation betrachtet werden könnte. Damit trat eine mächtige Erregung auf. Mehrere Delegierte protestierten gegen die Anwesenheit von Vertretern einer Regierung, die Arbeiter niederdrücken läßt. Das sei eine Verleumdung des Kongresses. Jeder Versuch, den Gewerkschaftskongress mit der liberalen Regierung in Verbindung zu bringen, sei verdammenswert. Die Arbeiter dürften nicht vergessen, daß die liberale Regierung mehrmals die militärische Macht gegen Streikende aufgebotsen habe. Wer nicht den Mut habe, selbständig aufzutreten, sei ein Verräter an der Arbeiterklasse. Ein Tagesverum gegen das Parlamentarische Komitee wurde mit 202 gegen 70 Stimmen abgelehnt, dafür eine Resolution einstimmig angenommen, die gegen das Militärangebot bei Streiks protestiert. Derartige Maßnahmen seien geeignet, den Kampf der Arbeiter um bessere Arbeitsbedingungen zu erschweren; sie bilden auch eine Verleumdung des Trade-Unionismus und der bürgerlichen Arbeit; der Kongress verlange, daß die Regierung eine Kommission einsetze, um die Erziehung der Polizei und des Militärs in Liverpool und in Manelli zu untersuchen. Ebenso müßte das Recht der friedlichen Streikposten gegen jede Verleumdung geschützt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen nahm der Kongress eine Resolution an, in der die Verleumdung der Blinden durch den Staat geordert wurde. Ferner protestierte der Kongress gegen die Samstagskonkurrenz, die der Staat auf dem Wege der Gefängnisarbeit den blinden Arbeitern machte. Eine Resolution, die die Abschaffung der Arbeit von Kindern im schulpflichtigen Alter verlangte, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ferner fand eine Resolution Annahme für die Verstaatlichung der Eisenbahnen und eine weitere, die die Esborevorlage der Regierung in ihrer gegenwärtigen Gestalt für unannehmbar erklärt.

Die Verleumdungsvorlage der Regierung fand eine eingehende Kritik. Der Kongress nahm eine Resolution an, die fordert, daß die Arbeiter, die weniger als 15 Schilling Wochenverdienst haben, von der Beitragspflicht entbunden werden. Die Debatte war ein helles Licht auf die Lebenshaltung großer Massen englischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Fraulein Macarthur erklärte, daß der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in Großbritannien, wenn man von der Textilindustrie Lancashire abhebe, 5 Schilling die Woche betrage. In Birminghams (London), wo kürzlich die Ausständigen waren, habe sie 20-30 Jahre alte Arbeiterinnen angetroffen, die 6 1/2 Schilling die Woche verdienen. In jenem Londoner Stadtteil werde ein Wochenlohn von 5 1/2 Schilling für Arbeiterinnen als ein hoher Lohn angesehen. Edwards (Londarbeiter) gab an, daß der Durchschnittslohn der Landarbeiter nicht einmal 13 Schilling wöchentlich erreiche. Ben Tillet (Londoner Tockarbeiter) erklärte, daß trotz der gewaltigen Erhebung der Londoner Tockarbeiter noch 25 Proz. von ihnen, schwer arbeitende Familienväter, nicht einmal einen durchschnittlichen Wochenlohn von 15 Schilling hätten. Ganze Scharen von Tockarbeitern könnten der Gewerkschaft nicht beitreten, da sie die Beiträge nicht bezahlen könnten usw. — Einstimmig wurde dann eine Resolution über Wählerreform angenommen, die sich von dem jedes Jahr erscheinenden Antrag über dieses Thema nur darin unterscheidet, daß die Forderung Forderung der Abgeordneten aus Staatsmitteln, die ja jetzt durchgesetzt ist, gestrichelt worden war. Eine Resolution zugunsten des Proportionalwahlsystems wurde mit 1602 000 Stimmen gegen 27 000 angenommen. Eine weitere Resolution, die die Transportarbeiter und die Gewerkschaften der Arbeiterinnen beglückwünscht für ihre Erfolge in den letzten großen Kämpfen, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Mit aller Entschiedenheit wandte sich der Kongress gegen die Handlungsweise des Herrn Crooks, einem Mitglied der Arbeiterpartei, der im Unterhaus eine Vorlage über Arbeitszeitverkürzungen auf eigene Faust eingebracht hatte, die folgende Klausel enthielt: „Es soll ungeachtet sein, daß irgendein Arbeitgeber eine Ausperrung erklärt oder verursacht, oder daß irgendein Arbeiter in den Streik tritt wegen einer Streitigkeit, bevor oder während diese Streitigkeit in einem gemäß diesem Gesetze erteilten Einigungs- oder Untersuchungsamt beraten wird.“ Jede

**Forderung, die die Arbeiter an die Unternehmer stellen wollen.** sollten 30 Tage vorher bei diesem Untersuchungsamt eingereicht werden. Den Arbeitgeberern diesseits und jenseits des Kanals trat der Kongress dadurch entgegen, indem er sich mit den in Deutschland von den Arbeitern abgehaltenen Friedensdemonstrationen einverstanden erklärte. Den Hauptpunkt des letzten Verhandlungstages bildete die Veridmelzungstrage der Arbeiterorganisationen. Will Thorne (Gasaarbeiter) begründete hierzu eine Resolution, die das parlamentarische Komitee aufforderte, mit dem Exekutivauschuß der Arbeiterpartei einen Plan auszuarbeiten, der sich mit der Gründung einer Zentralförperschaft aller englischen Gewerkschaften befaßt. Die Resolution wurde angenommen. Will Thorne wurde zum Vorsitzenden des parlamentarischen Komitees gewählt und wird somit als Vorsitzender des nächstjährigen Kongresses fungieren.

**Österreich.** Nachdem bereits in Frankreich und Belgien Hungerrevolten infolge der Teuerung ausgebrochen sind, haben nun auch in Wien, Prag und anderen Städten Österreichs Friedensdemonstrationen stattgefunden, um von der Regierung einschneidende Maßnahmen zur Abhilfe zu fordern. Die Regierung hat jatt dessen Militär in Massen aufgeboten und in Wien ist es am 17. September zu wahren Paritätenkämpfen gekommen. Eine Anzahl Tote, zahlreiche Verwundete, hunderte Verhaftete ist das einstweilige Fazit. Die Sozialdemokratie fordert in einem Manifest auf, sich nicht provozieren zu lassen, sondern die Ruhe zu bewahren. Die aufreizende Antwort des Ministers Gautsch, der von sozialdemokratischer Seite aufgefordert war, Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen, sowie das beunruhigende Aufmarschieren des Militärs haben sicher den Konflikt schüren helfen.

**Rußland.** Die scheinbar schlummernde Bewegung in Rußland scheint erneut wieder aufzuladern. Wie das im Lande der Ungleichheit, der Judenhetze und der rücksichtslosen Niederdrückung jeglicher Freiheitsbewegung kaum anders sein kann, äußert sich die revolutionäre Spannung zunächst in Attentaten auf die „Diener“ des Zarentums. Jetzt ist ihr der Ministerpräsident Stolypin zum Opfer gefallen. Er wurde im Theater von dem Polizeispitzel und Revolutionär (in Rußland ist alles möglich!) Pagarow angegriffen und starb nach einigen Tagen qualvoller Pein. Leider besteht keine Aussicht, auf diesem terroristischen Wege die Freiheit des russischen Volkes durchzusetzen. Ein Tyrann wird durch einen anderen abgelöst.

**Regierung und Fleishteuerung.** In sonderbarer Weise will die Regierung der Futtermot und Fleishteuerung entgegenwirken: Sie will den agrarischen Schnapsbrennern Erleichterungen schaffen. Eine offiziöse Korrespondenz meldet, daß den landwirtschaftlichen Brennereien weitgehende Ausnahmerechte gewährt werden sollen. Weil die Kartoffelernte schlecht, die Getreidernte dagegen gut ausgefallen ist, so würde Getreide vielfach zur Branntweingewinnung in Gebrauch kommen. Einer solchen ausfallsreichen Verarbeitung von Getreide stehen nun aber einige Schranken in den Branntweinsteuerbestimmungen entgegen. Aufgabe der Verwaltungsbehörden sei es, für die Zeit der Futtermot die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Das würde nicht nur allein der Ernährung des Viehes und damit der Fleischaufzucht zugute kommen, sondern auch unmittelbar für die Volksernährung von Wert sein. In Regierungskreisen soll Geneigtheit bestehen, hier mit zweckentsprechenden Maßnahmen einzusetzen und so die Versorgung des Speisemarktes mit Fleisch und Kartoffeln zu fördern. Ein jorderbarer Ausweg, der die Volksnot natürlich nicht lindern, dagegen die Sädel der Branntweimbrenner noch mehr füllen wird. So muß unseren Agrariern alles zum besten dienen, selbst die Hungersnot des Volkes.

**Material zur Reichstagswahl.** Die „Kreuzzeitung“ meinte gelegentlich eines Artikels über die Arbeitslosenversicherung: „Das Gefühl und die Gewißheit, daß für alle Lebenslagen vorgesorgt ist, muß ja geradezu den Charakter verderben. Je freier von Sorgen die Arbeiter sind und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben.“ — Das Blatt der Agrarier, für die der Staat in überreichem Maße vorgesorgt hat, gibt hier ein recht nettes Bekenntnis von sich! Also diese Art Vorsorge verdirbt den Charakter! Daß die Allgemeinheit von den agrarischen Junkern keinen Nutzen hat, beirrit bisher nur die „Kreuzzeitg.“ und ihresgleichen. Daß wir nun auch ins Alare kommen über die Ursache gewisser Charaktereigentümlichkeiten dieser Herren — dürfen wir ihrem Organ selbst danken. Ein Arbeiter freilich ist eben ein Mann, der arbeitet — keine „Kreuzzeitungs“-Töhne.

**Klassenkampf.** In den kommenden Wahlkämpfen wird der Sozialdemokratie von gedankenlosen Gegnern gewiß wieder der Vorwurf gemacht werden, daß sie es sei, die den Klassenkampf entfessele. Namentlich die Liberalen pflegen es ja der Sozialdemokratie als Todsünde anzurechnen, daß sie eine Partei des Klassenkampfes ist. Eine etwas tiefere Einsicht in das Wesen und die Notwendigkeit von Klassenkämpfen hat der frühere Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowski befunden, als er am 15. September 1911 bei der Eröffnung der zweiten internationalen Konferenz für Sozialpolitik in Dresden ausführte: „Es liegt in der Menschennatur, daß jeder seine äußere Lage verbessern will. Die gute Seite dieses Strebens ist, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt, wenn auch nicht immer der sittliche, gehoben wird. Und wo nur immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinen, da entziehen Klassenkämpfe und Klassengegnerschaft.“

**Noch einmal der Deutsche Städtetag und die Arbeitslosenversicherung.** Der Deutsche Städtetag zeigte sich, wie wir bereits in voriger Nummer mitteilten, insbesondere mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. In der Diskussion hat sogar der Zentrumsgewerkschaftler Giesberts manden Ton der Empörung gefunden und unter der Unruhe der Versammlung erklärt: Ich hoffe, daß die Gemeinden, die das Problem lösen zu können glauben, sich durch die Darlegungen Dr. Abdes von weiteren Maßnahmen nicht werden abhalten lassen. Wir sagen: Ihr Städte, die ihr Millionenwährände für Parks, Theater und andere Kulturbedürfnisse der P e s s e r e n e l l e n verausgabt (härmliche Unterbrechungen), gewiß, ich halte das auch für berechtigt, aber die Städte dürfen es dann auch nicht ablehnen, Mittel für die Arbeiter aufzuwenden, indem sie sagen, das Problem sei so schwierig. Der Staat löst das Problem ist so, daß ich es nicht lösen kann, und der Vertreter einer der reicheren Städte Deutschlands sagt hier, wir können nicht helfen. Denken Sie, welche Einwirkung das auf die Köpfe der hungernden Arbeiter haben mag. Das muß daß gegen die Gesellschaft in ihm erwecken. Große Mitleid — Giesberts Empörung ist verständlich, denn das Zentrum fürchtet nichts mehr als die Nationalisierung seiner Arbeiter. Von all dem Arbeitslosenland nach bis hin in den bayerische Städte haben als aufständisch und unheilbar empfunden und, wenns Gegengewicht der Dominanz, der in der Diskussion auf Giesberts Seite trat und folgenden Antrag stellte: „An der Hebung der Lage der Arbeiter ist die Voraussetzung für jede Form der Arbeitslosenversicherung ist, daß der Deutsche Städtetag die einschlägigen Bestimmungen der paritätischen Arbeitslosenversicherung für eine einheitliche Regelung als Grundlage anerkennend und sich verpflichtend zu erklären.“ — Der Antrag, der eine einheitliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland anstrebt, wird von den Mitgliedern der Gewerkschaften unter dem Vorwand, daß die Städte die Arbeitslosenversicherung nicht finanzieren können, abgelehnt. Der Antrag, der die Städte verpflichtet, die Arbeitslosenversicherung zu finanzieren, wird von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften ebenfalls abgelehnt.

**Rundschau**

**Bildung macht frei!** Immer mehr wächst die Erkenntnis innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, daß neben der eigentlichen Organisationsarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet eine systematische Vertiefung des einzelnen erforderlich ist. Die mannigfaltigen Probleme unserer Bewegung wie auch die Selbstbeziehung zum Verständnis von Kunst und Wissenschaft erfordern ein tieferes Eindringen und Schulung, wie sie die bloße Zeitungslektüre nicht zu schaffen vermag. Es wird zwar einweilen verhältnismäßig wenigen unserer Kollegen beschieden sein, sich diesen Bestrebungen mit Eifer hinzugeben, immerhin erneuern wir auch in diesem Verbandsartal unsere Aufforderung an alle, die es irgendwie ermöglichen können, sich in einigen Kursen zu schulen und zu informieren, um die notwendige Pionierarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung besser leisten zu können. In Berlin, Gomburg, Leipzig, München und anderen Großstädten beginnen in den nächsten Tagen die verschiedensten Bildungsveranstaltungen, die aufmerksame Beachtung verdienen. Der uns vorliegende Lehrplan der Berliner Arbeiter-Bildungsschule weist für das vierte Quartal auf: Sonntags (10-11½ Uhr vor mittags): Deutschland und der Weltmarkt (Vortr.: Grunwald); Sonntags (12-11½): Rednerschule (Grunwald); Montags: Fortschrittliche Sozialpolitik (H. Schmidt); Mittwochs: Theorien und Besinnung der bürgerlichen Parteien (A. Verdross); Freitags: Sozialpolitik und Gewerkschaften (E. Zimmer); Sonntags: Deutsche Geschichte der letzten 20 Jahre (H. Schmidt). — Der Marxismus erhebt sich auf sein hohes Niveau und beginnt praktisch um 8½ Uhr und endet um 10 Uhr abends. Die reichhaltige Literatur ist an den Horen 41-42 von 7½-8½ Uhr zu finden. Der Wirtschaftelehre besteht pro Monat 25 Pf.; das Material ist auch für jedes nach pro Monat 1 RM. und ist meistens am selben Abend zu stellen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und der der sozialist. Fortschrittlichen Partei im Schlußjahr (Gomburg) vom 17. Der Nationalsozialismus in Deutschland (H. Zimmer). — Neben den Nation der Arbeiterklasse und in Zusammenhang mit der Elementarlehre der freien Gewerkschaften in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Handwerker und der freien Berufe haben zu empfangen. Hier stehen die Mitglieder der freien Gewerkschaften eigentliche Preisermäßigung.

fürbrungen von Nides waren sehr wenig objektiv. Die Objektivität hat er schon deshalb verlassen, weil er von der Marxistischen Arbeiterlehre sprach. Warum hat der stolze Oberbürgermeister es unterlassen, das politische Gebiet zu meiden? Nides hat Dinge hin einbracht, die heute von den Sozialpolitikern nicht mehr vertreten werden. (Heftiger Widerspruch und Gelächter.) Aus seinen Ausführungen geht auch nichts für uns hervor. Man will den Städten, die nach dem Genier Ziemer Schritte getan haben, Schwierigkeiten bereiten. Seien Sie versichert, daß meine Freunde dafür sorgen werden, daß die Arbeiterlohnverhältnisse weiter behandelt und zur Durchführung gebracht wird. (Lachen und vereinzelte Beifall.) — Das Verhalten der Versammlung, wie es der Bericht übermittelt, zeugte weder von übermäßiger Toleranz, noch von übermäßigem sozialpolitischen Verständnis.

**Der städtische Arbeitsnachweis in Magdeburg.** Man schreibt uns: Durch die Magdeburger Presse geht wieder, wie allmonatlich, der Bericht über die Vermittlungstätigkeit des Nachweises für August 1911. Darin wird gesagt, daß der Berichtsmonat eine Vermittlungstätigkeit gezeitigt hat, wie es vorher noch nie zu verzeichnen war. Die Stellenangebote betragen 4114, die Stellengesuche 5500 und die vermittelten Stellen 3433. Dies bedeutet gegen den Monat August des Vorjahres ein Mehr von 1302 Stellenangeboten, 1377 Stellengesuchen und 1150 Vermittlungen. Gerade dies gibt uns Veranlassung, über den städtischen Nachweis einige Worte zu verlieren. Der Magistrat und auch wohl die rührige Leitung des städtischen Nachweises ist bestrebt, diesen gut auszubauen, damit wirklich hier in Magdeburg eine Stelle geschaffen wird, wo Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in einwandfreier Weise geregelt werden kann. Jedenfalls hat für die erhöhte Inanspruchnahme des städtischen Nachweises der Umstand dazu beigetragen, daß durch die Behandlung der Gehilfenfrage der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung in der Öffentlichkeit das Tätigkeitsgebiet erweitert werden konnte. Doch beschränkt sich der Bericht keineswegs, denn die angegebenen Hauptgruppen, wie Handwerker, Saatk- und Gärtnereität, ungelernete Arbeiter über 15 Jahre und jugendliche Arbeiter geben kein Bild von der vermittelnden Tätigkeit in den einzelnen Gewerben und Berufen. Da muß unbedingt eine Spezialisierung eintreten, denn ohne diese ist der Bericht völlig wertlos. Man kommt noch eins in Frage, was bei dieser Spezialisierung ganz besonders in die Wagschale fällt. Der Magistrat selbst ist einer der größten Arbeitgeber am Plage. Es dürfte daher für die Öffentlichkeit jedenfalls nicht uninteressant sein, zu erfahren, wieviel Arbeitsgelegenheit durch diesen Nachweis für die städtischen Betriebe vermittelt worden ist. Insbesondere war es notwendig, zu wissen, in welchem Verhältnis Angebot und Nachfrage sowie die erfolgreiche Tätigkeit hier von Nutzen war. Denn uns ist bekannt, daß die Mehrzahl der Betriebsleitungen diese nach Meinung des Magistrats allein berufene Stelle bei Neueinstellung von Arbeitskräften nicht in Anspruch nehmen. Wir wollen es uns heute versagen, ausführlicher darauf einzugehen, jedoch feststellen, daß in einzelnen Verwaltungszweigen einwärtige Arbeiter statt heutiger Steuerzahler, Freunde, Bekannte und Landleute von Vorgesetzten oder sonstige Verwandte von Arbeitern den Vortritt erhalten. Nicht unerwähnt wollen wir die gelegentliche Vermittlung von einzelnen Stadverordneten usw. lassen. Mit diesem System muß gebrochen werden. Die städtischen Betriebsleitungen müssen gehalten sein, alle erforderlichen Neueinstellungen dem städtischen Arbeitsnachweis zu melden, damit nur dieser allein die vermittelnde Tätigkeit ausüben kann. Dann wird der Nachweis das sein, was er sein soll, und zwar eine Ausgleichsstelle über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Das Ergebnis einer Erhebung nach dem Stande vom 5. Februar 1908, die sich auf 688 städtische Arbeiter erstreckte, ist folgendes: Es waren nur 144 durch den Nachweis, 544 durch Nachfrage und auf sonstigem Wege in städtische Dienste getreten. Inzwischen ist es eher schlechter wie besser geworden. Ein Beweis für die Notwendigkeit einer Reform des Arbeitsnachweises. Darum muß unbedingt eine Reorganisation dieser Vermittlungsstelle gefordert werden, und zwar Berücksichtigung nach Berufen und Gewerben und der städtischen Betriebsbetriebe. — Besondere reformbedürftige Zustände bestehen übrigens in Berlin und den meisten größeren Städten, wie wir wiederholt nachgewiesen haben.

**Textausgabe der Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgefez.** Von Geh. Regierungsrat A. Tittmann, Vorsitzendem der Landesversicherungsanstalt Eidenburg. Versehen mit einer gemeinverständlichen Darstellung des Rechts der Arbeiterversicherung als Einleitung im Umfange von 16 Seiten und einem ausführlichen Sachregister von 18 zweispaltigen Seiten im Gesamtumfang von 301 Seiten zu dem billigen Preise von 2,50 M. bei Stephan Weibel Verlag, Altenburg, Z. A. Der Arbeiter hat alle Veranlassung, die in der neuen RVO. festgelegten Rechte weitgehend nach besten Kräften wahrzunehmen. Das kann aber nur auf Grund möglichst weitgehender Gesetzeskenntnis geschehen. Die 1405 Paragraphen der RVO. umfassen indessen eine so mannigfaltige Materie, daß es in allen Fällen zum mindesten erforderlich ist, jederzeit den ersten Wortlaut des Gesetzes zur Hand zu haben. So ist die vorliegende mit ausführlicher Einleitung versehene Ausgabe wohl geeignet und sehr zu empfehlen für alle unsere Kollegen, wenngleich natürlich eine Orientierung im Einzelfall an Hand der bloßen Paragraphen nicht immer möglich sein wird. Jedenfalls sollten unsere Mitteilungen in ihren Bibliotheken mehrere Exemplare zur Orientierung usw. bereit halten. Druck, Ausstattung und Papier sind im Verhältnis zum Preise vorzüglich.

**Moderne Wege zur Bildung für alle, welche höhere Schulen nicht besuchen konnten.** Eine praktische Anleitung, auf die leichteste Weise alle Bildungsmängel zu beseitigen. Von Dr. J. Kinklow. 1911. R. Vd. Emil Müller Verlag in Stuttgart. Preis 1,50 M., gebunden 2,50 M.

**Quittung der Hauptkasse.**

Im Monat August gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:  
 Für das 2. Quartal 1911: Katen 27,30 M., Ansbach 57,84 M., Bamberg 48, — M., Bayreuth 31, — M., Berlin 10101,65 M., Götting 120, — M., Köln 52,35 M., Götting 24, — M., Grimmlach 31, — M., Götting 116,50 M., Tressen 264,25 M., Götting 184, — M., Götting 31, — M., Götting 202,30 M., Frankfurt 3701,19 M., Freiburg 141, — M., Götting 82,97 M., Götting 68, — M., Götting 181,50 M., Götting 164,93 M., Götting 1700, — M., Götting 164,44 M., Götting 81, — M., Götting 20, — M., Götting 749,93 M., Götting 35, — M., Götting 24,41 M., Götting 943,50 M., Götting 1,70 M., Götting 100,80 M., Götting 10, — M., Götting 12, — M., Götting 41,10 M., Götting 24,40 M., Götting 201,72 M., Götting 36,50 M., Götting 65, — M., Götting 12,73 M., Götting 101,14 M., Götting 1, — M., Götting 1, — M., Götting 40, — M., Götting 11,17 M., Götting 2, — M., Götting 7,50 M., Götting 1, — M., Götting 19,40 M., Götting 20,95 M., Götting 21,84 M., Götting 47,50 M., Götting 247,60 M., Götting 6, — M., Götting 44,58 M., Götting 19,10 M., Götting 211,06 M., Götting 121, — M., Götting 42, — M., Götting 301, — M.

Für das 3. Quartal 1911: Berlin 1600, — M., Götting 170,50 M., Chemnitz 50, — M., Tressen 1000, — M., Götting 12,25 M., Montan 35,20 M., Mainz 500, — M., Götting 700, — M., Götting 200, — M.

Für den Rest der Kasse 17,50 M., Chemnitz 7, — M., Halle 5, — M., Eidenburg 6, — M., Eidenburg 6, — M.

Für Internationale Konferenz-Protokolle: Götting 2, — M., Halle 1, — M.

Für Verbandstätigkeit-Protokolle: Götting 1,50 M.

Für Futterate: Mannheim 6, — M., Götting 3, — M.

Für Literatur: Chemnitz 6, — M., Götting 11,50 M., Götting 140 M.

Ferner gingen ein: Mannheim Postbuch 27,30 M., Arbeiter-Zentralverband -Zamenswerte 2 Nachkassen geb. 7, — M., durch Hoffmann 1,50 M.

Son Einzelmitgl. eintreten:

Nach Nr.	M.	Nach Nr.	M.	Nach Nr.	M.	Nach Nr.	M.
102147	2,30	102127	4,55	102192	2,80	102196	4, —
102148	1,50	102128	4, —	102193	1,50	102197	4, —
102149	3,00	102129	3,15	102194	3,50	102198	5,05
102150	4,40	102130	2,25	102195	1,60	102199	3,70
102151	3,20	102131	1,75	102196	5,20	102200	5,70
102152	2, —	102132	4,55	102197	3,25	102201	4, —
102153	1,50	102133	1,40	102198	4, —	102202	3,50
102154	2,10	102134	1,40	102199	4,20	102203	3,50
102155	4,50	102135	4,75	102200	1,75	102204	5,70
102156	1,60	102136	3,50	102201	4, —	102205	6,70
102157	4,20	102137	5, —	102202	3,50	102206	5,70
102158	5,95	102138	3,70	102203	3,50	102207	5,65
102159	4, —	102139	6,70	102204	3,25	102208	5,65
102160	4,25	102140	4,75	102205	4, —	102209	3,50
102161	3,20	102141	1,75	102206	4,60	102210	3,50
102162	5,60	102142	2,40	102207	4,40	102211	3,50
102163	4,80	102143	5,20	102208	3,70	102212	3,50
102164	3,70	102144	2,40	102209	4,70	102213	5,65
102165	3,85	102145	3, —	102210	4,40	102214	5,65
102166	5,25	102146	3,55	102211	4, —	102215	5,70
102167	3,25	102147	4,20	102212	4, —	102216	4,90
102168	4,75	102148	4,40	102213	3,20	102217	5,70
102169	4,25	102149	2,40	102214	3,25	102218	5,70
102170	1,65	102150	4,75	102215	2, —	102219	5,70

Es wird erucht, bei jeder Sendung anzugeben, wofür der Betrag bestimmt ist.  
 G. H. Mann, Hauptkassierer.

**Totenliste des Verbandes.**

**Konh. Kellig, Mannheim** **Frib Marquardt, Herberge**  
 78 Jahre alt. **78 Jahre alt.**  
 Christian Kaiser, Stuttgart, Gaisburg  
 gestorben am 12. September 1911 im Alter von 64 Jahren.  
 (Ehre ihrem Andenken!)

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. G. B. Ties Nachf. in Zuztadt. Heft 1- und 4- vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeinde Sozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Zuberlum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 6, Lindenstr. 69. Nr. 35 u. 37. Bietel jährlich nur 3 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Verlag: In Vertretung des Verbands: G. H. Mann, Hauptkassierer, Berlin SW. 6, Lindenstr. 69. Druck: Kommunistische Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 6, Lindenstr. 69.